



Während große Teile der Werktätigen bereit waren, den Sozialismus in der DDR aufzubauen und mit der Waffe in der Hand zu verteidigen (Bild: Bewaffnete Jugendliche der FDJ, 1952)

Waltraud Aust
Das Volk hat das Vertrauen der Regierung
verscherzt
Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin



... hatte sich eine neue privilegierte Schicht herausgebildet, die den Grundstock der neuen revisionistischen „Bourgeoisie“ bildete. (Bild: SED-Bonzenautos)



MAGDEBURG - JULI 2004

Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt

Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin

Waltraud Aust

Anlässlich des Jahrestags des sogenannten „Volksaufstands“ am 17. Juni 1953 überschlugen sich Presse und Politiker jährlich mit Lobhudeleien und antikommunistischer Hetze.

Wir veröffentlichen einen Artikel der Genossin Waltraud Aust, der erstmals 1983 im damaligen Theoretischen Organ der KPD „Kommunistische Hefte“ veröffentlicht wurde.

1976 veröffentlichte der ROTER MORGEN, (Nr. 18-21/1976) eine Artikelserie von Genossin Waltraud über den Klassenkampf in der DDR. Diese Serie wurde 1983 in Teilen mitverwendet. Um Überschneidungen zu begrenzen wird diese in Auszügen gedruckt.

Waltraud Aust hat den 17. Juni selbst miterlebt Ihre Darstellung vermittelt ein lebendiges Bild der damaligen Ereignisse.

„Schreib' uns Deine Erlebnisse vom 17. Juni und wie es dazu kam, Du warst doch damals dabei“, bat mich der Redakteur der 'Kommunistischen Hefte'. - Ja, wie war die Lage damals konkret? Am 17. Juni und davor? In Jena, Ostberlin, in Magdeburg, Leuna oder Bitterfeld? Was waren die Ursachen dafür, dass sich in diesen Städten und in vielen anderen Orten der DDR zwar nicht die Masse, doch immerhin über 300.000 von fünf Millionen Arbeitern und Angestellten an den Streiks, Aktionen und Protestdemonstrationen beteiligten?

- Ich lebte damals in Ostberlin, war 18 Jahre alt und politisch in der DDR erzogen worden, in den Jungen Pionieren, der FDJ, der Volkspolizei, der SED. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit, möchte ich versuchen, anhand eigener Erlebnisse in Ostberlin die Situation von damals, vor und während des 17. Juni zu schildern.

Die äußere Situation

Wie sah es damals aus in der DDR, als sie noch ein sozialistischer Staat war, auf den sich die Hoffnungen und Blicke nicht nur der Werktätigen in Westdeutschland, sondern ganz Europas richteten? Das Eigentum der Kriegsverbrecher war beschlagnahmt worden, die Monopole restlos beseitigt. Die Verkehrsmittel, die Banken, 70 Prozent der Industrie waren vergesellschaftet. Die Bodenreform begann schon im Herbst 1946. An die 7. 000 Güter und 3. 000 Besitzungen wurden enteignet. 2 Millionen Hektar Land wurden an über 500. 000 landlose und landarme Bauern verteilt und 1. 000 volkseigene Güter geschaffen. - Das alles waren Maßnahmen, die noch im Potsdamer Abkommen beschlossen waren und ein guter Start für den Aufbau des Sozialismus. Die spalterische Politik der amerikanischen und britischen Besatzungsmächte, die im September 1949 die Bonner Republik ausriefen, führte im Oktober 1949 zur Gründung der DDR. Dieser Schritt wurde von vielen Menschen begrüßt. Es war ein neuer Anfang in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, dass erstmals die Arbeiter die Macht hatten.

Die Jahre nach dem Krieg waren harte Jahre für die DDR. Die vor der Roten Armee zurückweichenden Faschisten hatten Industrieanlagen, Verkehrswege und Werke zerstört. Die Amerikaner warfen angesichts des Vormarsches der Roten Armee auf Leuna und andere Betriebe ihre Bomben. Die Imperialisten hatten Industrieanlagen, Unterlagen und selbst Personal aus der DDR nach Westen verlagert. Ein schwerer Schlag für die DDR, die keine eigene Schwerindustrie besaß, war es, dass die Imperialisten das Ruhrgebiet und das Saarland von der DDR abschnitten. Aus den Trümmern, aus dem Stand Null musste die DDR die Betriebe aufbauen. Und nicht nur die Betriebe. Viele kommunale Probleme mussten gelöst werden, die Schulen, die Behörden und Verwaltungen, alles musste wieder in die Gänge kommen. Doch wer konnte leiten, lehren, planen, organisieren? Eigene, in sozialistischer Planwirtschaft ausgebildete Fachkräfte gab es noch nicht. Die DDR musste sich in erster Linie auf die vorhandene bürgerliche technische Intelligenz stützen. Politisch war die Führung ebenso schwierig. Nur wenige Kommunisten und revolutionäre Sozialdemokraten waren der faschistischen Verfolgung entkommen. Die meisten Kader der KPD und SPD hatten die Nazis in Konzentrationslagern und Gefängnissen ermordet. So mussten viele andere fortschrittliche Menschen Aufgaben übernehmen, auch wenn sie nicht ideologisch geschult oder noch sehr jung waren. In vielen Positionen wurden auch sogenannte Antifaschüler eingesetzt. Das waren ehemalige deutsche Soldaten, die in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft antifaschistische Schulen besucht hatten. Die meisten allerdings hatten sich nicht aus Überzeugung zu dieser antifaschistischen Schulung gemeldet, sondern aus opportunistischen

Gründen, einfach, um durch die Teilnahme nicht arbeiten zu müssen, um mehr Essen zu erhalten, um früher entlassen zu werden. Nicht wenige dieser Antifaschüler wurden später in ihren Funktionen schnell zu Karrieristen und Bonzen.

Sofort, nach der Teilung Deutschlands durch die Westmächte wurde in der Nähe von Frankfurt/Oder das Hüttenwerk J.W. Stalin errichtet. Der erste Hochofen wurde 1951 angeblasen. Im gleichen Jahr entstand das Eisenhüttenwerk West an der Saale. In Stralsund, Wismar und Warnemünde wurden große Werften erbaut. Neue Walzstraßen in Riesa, Hennigsdorf, der Max-Hütte. Die Textil- und Leichtindustrie wurde wieder aufgebaut, der Braunkohlenabbau wieder aufgenommen. Trotz der vielen Engpässe, die es überall gab, trotz der schlechten Ernährungslage - die Rationen auf den Lebensmittelkarten waren so knapp bemessen, dass für 1 1/2 Millionen Betriebsarbeiter täglich ein zusätzliches Mittagessen ausgegeben werden musste -, ging es aufwärts. Und große Teile der Bevölkerung nahmen mit Schwung am Aufbau teil, und auch am politischen Leben. Der erste deutsche Volkskongress Ende 1947, der unter der Losung „Für Einheit und gerechten Frieden“ stattfand und die anschließende Volkskongressbewegung erfassten fast die gesamte Bevölkerung. In den Betrieben, Städten und Dörfern der sowjetischen Besatzungszone wurden ständige Komitees der Volkskongressbewegung gebildet. Die Mitarbeit in diesen Komitees, die Diskussionen in den Versammlungen und die Teilnahmen waren rege und lebendig. Ich erinnere mich an Gespräche im Elternhaus und in der Nachbarschaft, wo man positiv über die neue Entwicklung diskutierte, obwohl man kurz nach Kriegsende noch sehr skeptisch war. Kampagnen und Ereignisse wurden von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen.

Eine gewaltige Leistung anlässlich der Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1951 war zum Beispiel die Unterbringung und Versorgung der rund 2 Millionen Gäste in Ostberlin. Hier zeigte sich besonders anschaulich die damals noch vorhandene breite Solidarisierung der Ostberliner Bevölkerung mit ihrem sozialistischen Staat. Hunderttausende nahmen trotz zumeist eigener beengter Wohnverhältnisse die jungen Gäste auf. Auch an politischen Kampagnen beteiligte sich die Bevölkerung aktiv, so am Kampf um den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland. Das war äußerst günstig für die junge DDR, denn immerhin hatte das Volk ja keine Revolution gemacht, sondern war befreit worden. Wie konnte es also kommen, dass zwei Jahre später, am 17. Juni 1953, wenigstens ein Teil derer, die damals noch für den Aufbau des Sozialismus waren, sich von der Konterrevolution missbrauchen ließen?

Berlin

Den 17. Juni muss man im Zusammenhang mit der besonderen Situation in Berlin sehen. Berlin, eine Stadt, aufgeteilt von den Besatzungsmächten in vier Sektoren, den englischen, den französischen, den amerikanischen und den sowjetischen. Besetzt von den jeweiligen Truppen. Eine Stadt also, in der in den drei Westsektoren, in Westberlin, die kapitalistischen Interessenvertreter - eng verbunden mit den Konzernherren, Großgrundbesitzern und Monopolisten, die sich kurz vor Kriegsende nach Westdeutschland abgesetzt hatten - herrschten. Und auf der anderen Seite, in Ostberlin unter sowjetischer Verwaltung, die Arbeiterklasse, die Werktätigen, selbständig und unter den schwierigsten Bedingungen, großen Entbehrungen und Opfer den Sozialismus aufbauend. Vom ersten Tag nach der Niederlage des Faschismus an arbeiteten die Interessenvertreter der Großgrundbesitzer und Konzernherren - wie beispielsweise in Westdeutschland Adenauer, Kaiser und Blank - darauf hin, die volkseigenen Betriebe und den enteigneten Boden der Großgrundbesitzer in der DDR wieder in ihren Besitz zu bekommen. Dazu schienen ihnen Ostberlin als Hebel geeignet zu sein. Denn man konnte leicht, ungehindert und zu jeder Zeit aus dem amerikanischen, französischen oder englischen Sektor in den sowjetischen Sektor, also nach Ostberlin fahren oder gehen. Es gab keine „Mauer“, Passierscheine brauchte man nicht. Eine Ausweiskontrolle fand nur ab und zu statt. Der kontinuierliche Wiederaufbau der Betriebe, der Landwirtschaft, die Erfolge im Aufbau einer eigenen Schwerindustrie und andere positive Entwicklungen waren den Imperialisten im Westen ein Dorn im Auge. Den Zweijahresplan hatte die DDR-Bevölkerung vorfristig erfüllt. Nun ging es an den ersten Fünfjahrplan, der von 1951 bis 1955 eine enorme Weiterentwicklung auf allen Ebenen bringen sollte. So wie der zweite Fünfjahrplan der Sowjetunion 1929 den Imperialismus zum Zittern und die Börse in New York sogar mit zum Krachen brachte, so fuhr nun der erste Fünfjahrplan der DDR den Imperialisten im Westen in die Knochen. Von nun an hieß es, verstärkt den Aufbau der DDR zu stören. Ein sozialistisches Land durften sie nicht dulden. Dazu benutzten sie Westberlin.

Durch angeworbene Agenten und Provokateure, „Rias“-Hetze und -Lügen, Bestechung und Korruption, versuchte man von Westberlin aus Stimmung unter der Ostberliner Bevölkerung zu machen und Einfluss zu gewinnen. Hatten die diversen von Bonn ausgehaltenen Geheimdienste und Agentenorganisationen Ostberliner Bürger für ihre Zwecke gewonnen, so schickten sie diese, die ja ohne besondere Genehmigung von Ostberlin aus in die DDR einreisen konnten, nach Mecklenburg, Sachsen, usw., um hier Wühlarbeit gegen die DDR und den Aufbau des Sozialismus zu betreiben. Aber es gab auch noch andere Schwierigkeiten. Da war einmal das große Problem des sogenannten Schwindelkurses, Westgeld wurde 1 zu 5, 1 zu 6, 1 zu 7, ja zeitweise 1 zu 8 gegen Ostgeld umgetauscht. Nicht wenige Ostberliner arbeiteten damals legal in Westberlin, erhielten einen Teil ihres Lohnes in Ostmark und einen Teil in Westmark. Das Westgeld wurde zum jeweiligen Kurs umgetauscht, und man lebte in Ostberlin gut davon. Lehrstellen waren in Ostberlin damals noch rar, auch in Westberlin. Aber Ostberliner Jungen und Mädchen wurden in Westberlin bevorzugt als Lehrlinge eingestellt. Andere Ostberliner arbeiteten am Wochenende schwarz in Westberlin. Dies waren in erster Linie Facharbeiter, die dort benötigt wurden. Auch viele Westberliner tauschten ihr Geld in Ostgeld um, fuhren nach Ostberlin und kauften dort, was sie ohne Lebensmittelkarten erhielten. Viele Familien in Ostberlin,

besonders in den Randgebieten, hatten Hühner und Kleinvieh. Eier und auch nicht selten Kaninchen wurden auf Westberliner Märkten für Westgeld verkauft, dieses dann umgetauscht, und zurück ging's nach Ostberlin. Und nicht nur dies. Im Herbst 1952 wurden zum Beispiel im Bezirk Köpenick zentnerweise Fleisch- und Wurstwaren bei einer Ostberliner Familie beschlagnahmt, die aus Mecklenburger Bauernhöfen stammten und in Westberlin verscheuert werden sollten. Und das war nur ein Fall von vielen. Westberlin galt als das Schaufenster des Westens. Viele Waren waren wesentlich billiger als in Westdeutschland. Der Preisunterschied wurde durch die Steuern der westdeutschen Werktätigen getragen. Um an Westgeld ranzukommen, gingen einige verbrecherische Elemente sogar soweit, von öffentlichen Einrichtungen in Ostberlin Kupfer und andere brauchbare Metalle zu stehlen und ebenfalls nach Westberlin zu verscheuern. Sabotageakte und Diebstähle in den volkseigenen Betrieben nahmen ab 1951 im erheblichen Maße zu.

Agenten und Provokateure

Parallel zu solchen und ähnlichen Schiebereien, die die Ostberliner und darüber hinaus die gesamte DDR-Wirtschaft erheblich schwächten, kam die organisierte Hetze durch den Rias (Rundfunk im amerikanischen Sektor) und die durch den amerikanischen CIA und andere Agentenorganisationen massenhaft verbreiteten Hetzbroschüren und Flugblätter, die zur Sabotage gegen die DDR Wirtschaft, zum Sturz der Regierung aufriefen und antikommunistische Hetze verbreiteten. Axel Springer war schon damals, wenn auch noch in den Anfängen, kein Verleger im üblichen Sinne. Sein fester Platz im Zeitungs- und Zeitschriftenwesen war ihm durch die Bourgeoisie zugewiesen: Hetze, Lüge, Verleumdung des Kommunismus, brutal, primitiv, zügellos. Die persönliche und direkte Anwerbung von Agenten und Provokateuren spielte ebenfalls eine große Rolle. Solche Anwerbungen wurden besonders unter den Jugendlichen versucht. In den Ostberliner Tanzlokalen und Restaurants hielten sich haufenweise Westberliner Agenten auf. Es wurden hier kostenlos Karten für Kinoveranstaltungen in Westberlin verschenkt oder Einladungen für andere Vergnügen in Westberlin, die zu besuchen Jugendliche, waren sie noch Lehrlinge und verfügten sie über wenig Geld, nicht abgeneigt waren, natürlich wurde nicht jeder Agent oder Spion, aber es war ein Weg, leichter an empfängliche Personen heranzukommen und andere unsicher zu machen. Eine andere wesentliche Methode der Anwerbung von Agenten war die der amerikanischen „Lebensmittelhilfe“. Das waren die sogenannten Care-Pakete. Hier erhielten Ostberliner per Post oder auch persönlich in den Briefkasten gesteckt, die Mitteilung, sich dort und dort in Westberlin ein Lebensmittelpaket abzuholen. Die meisten taten dies, schon wegen der Luxus-Artikel wie Kaffee, Schokolade, die damals in der DDR neben der allgemeinen Lebensmittelknappheit gar nicht zu kaufen waren. Und man brauchte ja keine Weltreise zu machen. Für 20 Pfennig Fahrgeld ein paar U-Bahn-Stationen bis nach Westberlin, dafür dann umsonst ein Paket mit Lebensmitteln, Kaffee und Schokolade und sicher Zigaretten. Das lohnte sich. Nur wenige sehen, dass hiermit eine Agentenwerbung verbunden war. Und auch hier pickte man sich natürlich nur einige, nutzbare Elemente heraus.

Es kam dem amerikanischen CIA auch darauf an, mit diesen Paket-Aktionen Stimmung gegen die DDR-Regierung zu machen. So sollte zum Beispiel die Jugend mit Care-Paketen von ihrem Pfingsttreffen 1950 abgehalten werden. Am 27. Mai 1950 veröffentlichte das offizielle Blatt der amerikanischen Militärverwaltung in Westberlin, „Neue Zeitung“, folgende Meldung: „New York (DPA). Alle Amerikaner werden aufgefordert, noch heute insgesamt 100 000 Dollar zu spenden, damit die Hilfsorganisation (gemeint ist die Care-Organisation) dem Berliner Oberbürgermeister Prof. Ernst Reuter noch vor dem FDJ-Pfingstaufmarsch über den Erfolg berichten kann.“

Um den Aufbau der DDR zu stören und die volkseigenen Betriebe an der Planerfüllung zu hindern, erhielten die angeworbenen Agenten alle nur denkbaren Aufträge: Zerstörung von Maschinen und Transformatoren, Adressen leitender Funktionäre zu sammeln, Berichte von Konferenzen anzufertigen, Werksspionage zu betreiben, Stärke und Bewaffnung der sowjetischen Truppen und der Kasernierten Volkspolizei auszuspionieren, Viehbestände durch Pestbazillen auszurotten, Drohbriefe und Warnungen an Bürger zu verschicken, Hetzschriften und Flugblätter zu verteilen, gefälschte Lebensmittelkarten, Kohlenkarten in Umlauf zu bringen, Verkehrsnetze zu zerstören, Brücken zu sprengen, Eisenbahnstrecken unbrauchbar zu machen, Produktionsabläufe zu stören, Wirtschaftspläne zu desorganisieren, mit gefälschten Briefbögen, besonders der Ministerien und Organisationen zu arbeiten und immer wieder und in erster Linie Menschen abzuwerben nach Westdeutschland, natürlich hauptsächlich Facharbeiter und Angehörige der technischen Intelligenz. Neben hohen Honoraren für ihre Arbeit überhaupt erhielten die angeworbenen Agenten noch für jeden, den sie abwerben konnten, ein Kopfgeld. Für einen Wissenschaftler, Ingenieur oder Facharbeiter zum Beispiel je 100,- DM.

Alle diese Agenten bekamen ihre Aufträge von Westberliner Organisationen. Solcher Art Organisationen soll es damals über 80 in Westberlin gegeben haben. Ich erinnere mich hier an die aktivste, brutalste und wahrscheinlich auch größte, an die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU), vom USA-Geheimdienst ins Leben gerufen. Aus der Reihe der zahlreichen Verbrechen der „KgU“, die damals in Prozessen behandelt wurden, seien hier kurz erwähnt: Mehrere Eisenbahnattentate auf der Strecke Magdeburg-Dessau. Zahlreiche Personen wurden hierbei verletzt.

Die größte Hydraulikpresse der DDR im Ernst-Thälmann-Werk in Magdeburg sollte gesprengt werden. Die Hauptturbine sowie der größte Schornstein der Filmfabrik Wolfen sollten durch Sprengung vernichtet werden. Durch Säure wurden im VEB-Kombinat „Otto Grotewohl“ in Bohlen zahlreiche Motoren von Lastkraftwagen zerstört. Die Autobahnbrücke bei Finowfurt, die über den Großschiffahrtskanal führt, wurde mittels Phosphorampullen in Brand gesteckt und die Paretzer Schleuse im Nauener Kanal zur Sprengung vorbereitet. Die Schiffswerft Angermünde und ein Hochspannungsmast der Stromleitung nach Güstrow sollten durch Sprengung vernichtet werden. Ein Ausstellungspavillon in Dresden wurde durch Sprengbüchsen mit Verzögerungsuhr zerstört. Die Diversionsgruppe „Admiral“ hatte den Auftrag, Waldbestände im Erzgebirge durch Brandstiftung mit Benzin Phosphor und Nitroflüssigkeit zu vernichten. Mit vier Flaschen Säure sollten die Transmissionsriemen und Maschinen im VEB-Feintuch, Finsterwalde, zerstört werden. Man könnte Bände füllen, mit all dem, was damals alles von Westberlin aus gegen die DDR unternommen wurde. Wie groß allein die amerikanischen „Investitionen“ in dieses blutige Geschäft waren, schreibt die Zeitung „Rheinische Post“ am 1. September 1961: „In der Auslandshilfe (der USA) ist ein sorgfältig verschleierte Posten in Höhe von Millionen Dollar enthalten, der für antikommunistische Aktionen in Europa vorgesehen ist. Einzelheiten werden streng geheim gehalten.“

Angesichts dieser Tatsachen könnte man die allerdings hypothetische Frage stellen: wäre es nicht richtiger gewesen, 1950 eine Mauer zu bauen, um sie 1960 wieder abreißen zu können? Auf der anderen Seite hätte eine Mauer 1950 die damals noch vorhandenen Bestrebungen (der DDR) der Wiedervereinigung erheblich behindert.

Unzufriedenheit bei den Arbeitern

Die Vorbereitung auf den Tag X durch den Westen mit allen erdenklichen Mitteln, das war die eine Seite der Medaille. Die andere Seite war, dass die Arbeiter mit Zuständen in den eigenen Betrieben, mit Zuständen in den Gewerkschaften, mit Zuständen in Staat und Wirtschaft, mit dem Verhalten der Staats- und Parteifunktionäre, mit vielen anderen negativen Erscheinungen, die mit Beginn des Fünfjahresplanes verstärkt auftraten, nicht zufrieden waren. Mit dem Fünfjahresplan, der 1950 in die Wege geleitet und 1951 von der Volkskammer als Gesetz verabschiedet wurde, begannen, so sehe ich es heute, einschneidende Maßnahmen, die von vielen Arbeitern nicht verstanden wurden, und die zur erhöhten Republikflucht führten. Ich selbst war natürlich begeistert, aber was hatte ich schon für Lebenserfahrungen? Ich war Jahrgang 1935. Mit 16, 17, 18 Jahren da fand ich alles richtig und schick. Der Fünfjahresplan sah vor: Bis Ende 1955 muss die Industrieproduktion im Verhältnis zum Jahr 1950 ein Ausmaß von 190 Prozent erreichen. Das war eine enorme Sache. Das bedeutete für die Betriebe eine ungeheure Erhöhung der Arbeitsproduktivität.

Dazu wurden viele Methoden beschlossen: Veränderung der Arbeitsnormen. Das hieß: Weg von den bisherigen erfahrungstatistischen Normen und hin zu technisch begründeten Arbeitsnormen; Einführung neuer Arbeitsmethoden; verstärkte Aktivistenbewegung; Massenwettbewerbe; Prämiensystem; Kampagne zur Einsparung aller Arten von Material; Senkung der Selbstkosten.

Viele Arbeiter standen diesen Maßnahmen skeptisch gegenüber. Und als FDJler und Parteimitglied hatte man Schwierigkeiten, diese Beschlüsse und Entscheidungen zu erläutern. Um Kampagnen oder wichtige Beschlüsse zu erläutern, wurden FDJler und Parteileute oft zeitweise vom normalen Arbeitsplatz freigestellt. Eine solche Freistellung sahen die Kollegen am Arbeitsplatz verständlicherweise nicht gerne, denn sie mussten ja meine Arbeit mitmachen. Ich war damals im TRO (Transformatorwerk Karl Liebknecht) tätig und musste zum Agitieren in die Lehrwerkstatt, aber auch in andere Abteilungen. Einige Auseinandersetzungen, die die Unzufriedenheit der Arbeiter, auch mehrerer Parteigenossen hervorriefen, habe ich noch genau im Gedächtnis: Die Hälfte der Kantine im TRO war für die Angestellten reserviert gewesen, die andere Hälfte für die Arbeiter aus der Produktion. Die Tische der Angestellten hatten weiße Tischdecken, die der Arbeiter waren wegen der oft beschmutzten Hände und Kleidung kahl. Arbeiter hatten sich darüber beschwert. Die Beschwerde hatte Erfolg. Alle Tische erhielten weiße Decken mit einer Glasplatte darüber. So war das Schmutzproblem gelöst und es gab auch keine Unterschiede mehr, jeder konnte sich hinsetzen, wo er wollte. Im Zuge des Fünfjahresplanes forderte Walter Ulbricht plötzlich die „Schaffung besonderer Speiseräume“ für die Intelligenz. Viele FDGB-Mitglieder und auch SED-Leute verstanden nun gar nichts mehr, denn da sollten nicht nur die besonderen Kantinen für die Intelligenz geschaffen werden, sondern ein ganzer Katalog von Privilegien für die Intelligenz wurde bekanntgegeben. Gegen die Zurverfügungstellung von kostenloser wissenschaftlicher Literatur, Entwicklungs- und Forschungsstätten, Laboratorien usw. war sicherlich nichts zu sagen, aber sehr wohl gegen die materiellen Privilegien, die nun die Intelligenz erhalten sollte: gesonderte Gehaltsverträge; bessere, gesonderte Wohnungen, Prämienfonds, Ferienorte, Konsumläden wurden benannt, wo die Intelligenz mit Sonderausweisen Lebensmittel kaufen konnte und vieles mehr. Es war nur allzu verständlich, dass Parteigenossen und Gewerkschafter das nicht verstanden. Gegen diesen „Unverstand“ kam die Weisung: „In allen Betriebsabteilungen unserer volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe, in allen Staats-, Wirtschafts- und Verwaltungsorganen müssen offen

die Fragen des Verhältnisses der Arbeiterklasse zur Intelligenz besprochen und ein offener Kampf gegen das falsche Verhalten von Genossen oder Gewerkschaftsmitgliedern geführt werden.“

Was war wirklich falsch?

Falsch war, dass in einem VEB-Betrieb das gesamte Konstruktionsbüro von der Prämienzahlung, die der Betrieb erhalten hatte, ausgeschlossen wurde mit der Begründung, das Konstruktionsbüro ist keine Produktionsstätte. Falsch war, dass Ingenieure und Wissenschaftler wegen ihrer meist bürgerlichen Vergangenheit als „Reaktionäre“ abgestempelt wurden. Und ganz daneben ging es, als im TRO zwei Ingenieure auf die Straße gesetzt wurden, weil sie zwar 'tüchtige Fachleute', aber ideologisch zurückgeblieben waren“.

Diese sektiererischen Fehler, die sicherlich nicht vereinzelt auftraten, berechtigten aber nicht, der Intelligenz besondere Privilegien einzuräumen und nicht die Argumente, man müsse die Intelligenz für den Fünfjahresplan anfeuern und sie mit diesen Privilegien halten. Ehrliche Kritik und Selbstkritik, kameradschaftliche Zusammenarbeit, Bezahlung der Leistung entsprechend, das wäre die Lösung gewesen. Dann hätte auch die Mobilisierung der Arbeiter größere Erfolge gehabt. Die Privilegien waren nicht nur für die Technische Intelligenz gedacht. Auch höhere Parteifunktionäre, Gelehrte und Wissenschaftler, und vor allem Schriftsteller, Künstler und andere Kulturschaffende erhielten ebenfalls diese Privilegien. Ein Redakteur beispielsweise erhielt damals vor dem 17. Juni durchschnittlich 800,- Mark monatlich, während ein Arbeiter ohne Prämie und Akkord mit 150,- Mark monatlich nach Hause ging. Selbst mit Prämien und hoher Normenerfüllung kam er nur auf höchstens 180,- Mark bis 200,- Mark monatlich. Die Schriftsteller wurden besonders gefördert. Ein Student der Literatur erhielt damals monatlich 800,- Mark Unterstützung, neben hohen Grundgehältern erhielten die Kulturschaffenden auch noch Vorlesungshonorare, selbst für den billigsten Schund wie Kriminalromane die sich die Arbeiter auf Leseabenden anhören mussten.

Wen wunderte es da, dass immer mehr Arbeiter der DDR den Rücken kehrten? Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und Gewerkschaft gab es auch im Sommer 1952, als es um Aufgaben der Gewerkschaft ging, und wo man hinterher nicht mehr wusste, was nun eigentlich Trumpf war.

Auf einer zentralen Gewerkschaftstagung wurde den Betriebsgewerkschaftsleitungen vorgeworfen, sie würden sich zuviel in die Angelegenheiten der Werksdirektoren einmischen. Die Direktoren seien in all ihren Handlungen von den Unterschriften der Betriebsgewerkschaften abhängig.

Dieses ständige Dreinreden müsse aufhören. Die Rolle der Betriebsleitungen habe sich gewandelt. In der neuen Periode dürfe man die Aufgaben der Betriebsleitung und der Gewerkschaft nicht mehr miteinander vermischen. Welche neue Periode gemeint war, wurde nicht gesagt. Die Betriebsgewerkschaftsleitung wurde aufgefordert, sich künftig nicht mehr so oft bei der Direktion „einzumischen“.

Die Gewerkschaftsfunktionäre im TRO empfanden das als mal hü, mal hott. Was war nun richtig? Früher gab es das Betriebsrätesystem. Die Betriebsräte hatte man 1948/50 aufgelöst, weil es neben diesen Räten die BGL (Betriebs Gewerkschafts- Leitung) gab und gerade sie im sozialistischen Staat mehr mit einbezogen werden sollte in Entscheidungen und Maßnahmen der Werksleitungen, in Pläne für die Betriebe, für die Arbeiter, die Arbeitswelt.

Keiner kam mit dem mehr klar, was nun wieder gesagt wurde. Es ist sicherlich interessant, wenn diese Entscheidungen und Maßnahmen, die damals in Bezug auf die Kompetenzen der Werksdirektoren und der Gewerkschaften getroffen wurden, heute einmal analysiert werden würden.

Auch mit der verstärkten Aktivistenbewegung war das so eine Sache. Als Hauptaufgabe der Gewerkschaften wurde ausgegeben, die Hennecke-Bewegung zielbewusster durchzuführen und zu fördern, um dadurch die Arbeitsproduktivität erheblich zu erhöhen. Dazu wurde extra eine Hennecke-Aktivistenkonferenz durchgeführt. Auf Hennecke waren aber viele Arbeiter nicht gut zu sprechen, und die Gewerkschaft hatte es schwer, über Hennecke-Tage zu diskutieren, geschweige denn, sie vorzuschlagen oder durchzuführen. Adolf Hennecke war ein Aktivist, ein Hauer im Steinkohlenrevier, der am 13. Oktober 1948 eine Tagesnorm von 387 Prozent erreicht hatte, ein Pensum von 30 Tonnen Steinkohle. Adolf Hennecke wurde 1949 dafür mit dem Nationalpreis (der mit Geld verbunden ist) ausgezeichnet, er wurde Mitglied des ZK der SED und Mitglied der Volkskammer der DDR, Held der Arbeit und Verdienter Bergmann.

Adolf Hennecke wurde oft mit Stachanow, einem Hauer im Donezbecken, der 1935 in der UdSSR an einem Tag 102 Tonnen Steinkohle förderte, verglichen. Doch gab es einen großen Unterschied zwischen Hennecke und Stachanow, über den damals nicht gern gesprochen wurde: Alexej Stachanow förderte die 102 Tonnen während einer Schicht aufgrund verbesserter Arbeitsorganisation und Technisierung. Adolf Hennecke schaffte seine Leistung, die fraglos anzuerkennen ist, allein mit seiner körperlichen Kraft. Diese Spitzenleistung diente als Anlass zur Auslösung der Hennecke-Aktivistenbewegung. Das ununterbrochene Trommeln jedoch, ständig Hennecke-Tage durchzuführen, ging den Arbeitern auf die Nerven. Zumal man von Adolf Hennecke künftig nur noch hörte, wenn er wieder einmal ins befreundete Ausland abgereist war, denn inzwischen war er nämlich längst Abteilungsleiter im Ministerium für Kohle und Energie geworden. Im TRO erlebte ich auch erste Erscheinungen von Schiebung und Korruption. In der DDR gab es damals noch wenig Textilien und Lederwaren zu kaufen. Eines Tages kam aus der Tschechoslowakei eine größere

Sendung von Schuhen für die Werktätigen. Als die Schuhe da waren, ging alles recht geheimnisvoll zu. Zuerst kamen die Frauen der Direktoren dran, obwohl sie gar kein Recht auf diese Schuhe hatten, denn sie waren keine Betriebsangehörigen. Dann bekamen die Sekretärinnen ihre Schuhe. Ein Teil ging an den Parteisekretär, ein anderer Teil an das BGL-Büro. Der Rest wurde an die Betriebsarbeiter verteilt. Die Art dieser Verteilung löste Missstimmung aus, aber niemand äußerte sie sehr laut.

Im Spätsommer 1952 wurde eine Kampagne durchgeführt, um die Volkspolizei, die noch sehr jung war, zu stärken. Es war für viele Parteimitglieder selbstverständlich, sich zu melden. So ging auch ich zur Volkspolizei. Ich wurde in Berlin-Oberschöneweide eingesetzt. Und hier erlebte ich wieder merkwürdige Praktiken. Die Menschen, die 1952 in den Westen gingen, waren im Gegensatz zu späteren Fluchtbewegungen meistens Menschen aus überwiegend kleinbürgerlichen Verhältnissen: Ärzte, Handwerker, Großbauern, Technokraten. Wer das Verlassen ihrer Wohnungen, Werkstätten, Praxen usw. zuerst bemerkte, war die Volkspolizei. Oft wurde die Polizei durch die Bevölkerung benachrichtigt, manchmal kamen von den Besitzern auch selbst Briefe, nachdem sie die Wohnung usw. verlassen hatten. In den meisten Wohnungen war Inventar hinterlassen worden, manche schlugen es vorher kaputt oder machten es auf andere Weise unbrauchbar. Diese Wohnungen und Häuser wurden dann, bis die Sache behördlich geregelt war, von der Volkspolizei versiegelt. Es ist in dieser Zeit häufiger vorgekommen, dass die Abschnittbevollmächtigten, die ABV, (das waren die Polizisten, die in den Straßen Streife liefen und einen bestimmten Abschnitt zu betreuen hatten), im guten Einvernehmen mit ihrem Revierleiter sich einen Teil der Möbel aneigneten. Sie hatten auch häufiger die Finger darauf, wer in diese Häuser - oft waren es Villen - einziehen durfte. Natürlich solche, die sich erkenntlich zeigten. Auch wenn ab und zu solche Fälle bestraft wurden und die Presse darüber berichtete, so wurde doch keine Kampagne gegen solche Erscheinungen geführt, geschweige denn, dass man die Bevölkerung, vor allem die Arbeiterklasse zum Kampf gegen Korruption und Vetternwirtschaft mobilisierte.

Und es gab hunderte anderer Erscheinungen: Arroganz und Überheblichkeit der Parteifunktionäre, Streber- und Kriechertum, Kopfnicker und Ja-Sager, Befehlsempfänger, Aufgeblasenheit und Verschleierung von Fehlern. Es wurde beschönigt und gelobhudelt.

Waren schwerwiegende Fehler von Parteifunktionären wirklich nicht mehr zu verdecken, so wurden sie weggelobt, auf Parteischulen abgeschoben oder erhielten andere Posten. Sie fielen immer nach oben. All das brachte der Wirtschaft viel Schaden. Nur selten kamen Bürokratie und Misswirtschaft ans Tageslicht, wie diese: In der LOWA-Görlitz herrschte großer Unwille unter den Arbeitern, weil dort achtzehnmal die Planaufgabe geändert wurde. Oder: Die Landesregierung Brandenburg versandte in 14 Monaten insgesamt 2959 Rundschreiben an die Landräte und Bürgermeister, das heißt pro Tag 8 1/2 Rundschreiben. Wer sollte das lesen und weiter verarbeiten? Das alles blieb den Arbeitern nicht verborgen. Aber sie wussten keinen Ausweg, es zu ändern. Viele glaubten noch an Anfangsschwierigkeiten in der Aufbauphase. Dass es keine Anfangsschwierigkeiten waren, sondern dass es um prinzipielle Dinge ging, merkten die meisten Arbeiter kurz vor dem 17. Juni, als die DDR-Regierung auf administrativem Weg, ohne die Arbeiter in einer Kampagne vorher darüber zu befragen, die Betriebe zwingen wollte, die Arbeitsnormen um 10 Prozent zu erhöhen. Dieser Fehler wurde von den Agentenorganisationen sofort ausgenutzt, um ihre Provokation, den Tag X, den sie schon lange vorbereitet hatten, zu starten.

Der Tag „X“

Ich arbeitete zu diesem Zeitpunkt im Betrieb Kabelwerk Oberspree, auch KWO genannt, ebenfalls in Berlin-Oberschöneweide gelegen. Bei der Volkspolizei musste ich aufhören, weil mein Vater die DDR, wie viele andere, verlassen hatte und bei der Volkspolizei keiner beschäftigt werden durften, deren Angehörige „republikflüchtig“ waren. Mein Vater, Arbeiter im TRO, war nie Antikommunist, aber auch kein Anhänger der DDR gewesen. Er hatte aber auch nichts dagegen, dass ich mich aktiv und begeistert für den Aufbau des Sozialismus einsetzte. Doch Missstände und Dinge, die ihm nicht gefielen, kritisierte er offen. Er wurde verhaftet und wegen seiner schweren Kriegsverletzung wieder frei gelassen. Woche für Woche wurde er jedoch aufgefordert, zum Verhör zu erscheinen. Er zog die Konsequenz und ging nach Westberlin.

Im KWO war ich in der Thälmann-Brigade. Wir arbeiteten an Spritzmaschinen, die um Draht eine Isoliermasse legten, der dann auf Kabeltrommeln aufgerollt wurde. In der Brigade arbeiteten fünf Kollegen, drei an Maschinen, ein Materialzubringer, der Brigadier, der das Endprodukt kontrollierte. Wir arbeiteten in zwei Schichten. Unsere Brigade fuhr immer 20 bis 30 Prozent über die Norm, an manchen Tagen, wenn das Material gut war und es keinen Ausschuss gab, sogar 70 bis 80 Prozent. Um auf eine gute Prämie zu kommen, einigten wir uns manchmal und arbeiteten in der Nachmittagschicht 1/2 Stunde länger.

Unsere Brigade schien eine fortschrittliche Brigade zu sein, denn von den fünf Kollegen waren zwei in der SED und einer in der FDJ. Trotzdem gab es, als die Meister mit den Brigadiers über die neue Normerhöhung sprachen, bei uns helle Aufregung. Immerhin hatten wir zum 1. Mai freiwillig die Normen erheblich übererfüllt. Diese spontane Erregung legte sich jedoch schnell wieder, denn bei genauer Überlegung war es für unsere Brigade keine sehr große Anstrengung. Was zurückblieb, war der Ärger über die Art und Weise, wie der Beschluss über die Normenerhöhung zustande kam, das passte uns nicht. Der Beschluss war schon Ende Mai für die gesamten Industriebetriebe im Zuge des

„Neuen Kurses“ gefasst worden. Der „Neue Kurs“ sah die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung vor. Wir im KWO, in unserer Brigade, hörten von dem Beschluss erst einige Tage vor dem 17. Juni. Vorher war zwar Gemurmel da, aber nichts Offizielles. Das empfanden wir als Hintergehen, als Heimlichkeit und Unehrllichkeit. Und so war es ja auch. Bei dieser Normenerhöhung war nichts von der Diktatur der Arbeiterklasse zu spüren. Sie wurde nicht befragt und um ihre Vorschläge gebeten. Das war es, was einen Teil der Arbeiter so in Empörung versetzte. Waren zudem noch Meister, Brigadiere oder Parteigenossen, mit denen über die Normenerhöhung diskutiert wurde oder die sie sogar mit durchsetzen sollten, noch unbeliebt, so kam es schon hier und da zu Protestaktionen.

Und es war nicht nur die geplante Normenerhöhung, die die Unzufriedenheit der Arbeiter wachsen ließ, besonders empörte es sie, dass, während man ihnen zumutete, für das gleiche Geld mehr zu arbeiten, die Gehälter der Bürokraten, der Technischen Intelligenz, der Funktionäre, Direktoren und bürgerlichen Experten nicht gesenkt, sondern sogar noch erhöht wurden. All das zusammen machte es dem CIA leicht, jetzt den Tag X auszurufen, auf den er solange gewartet hatte. Die Rücknahme der geplanten Normenerhöhung am 16. Juni kam da zu spät.

Unsere Brigade hatte beschlossen, die Normenerhöhung durchzuführen. Außer dem Materialzubringer waren wir anderen vier damit einverstanden. Die Parteigenossen sollten jedoch auf der nächsten Zusammenkunft mit der Parteileitung gegen die Art und Weise, wie dieser Beschluss zustande gekommen war, protestieren. Doch dazu kam es nicht mehr.

16. Juni - Demonstrationen in der Stalinallee

Am 16. Juni wurde in unserer Brigade und darüber hinaus in der gesamten Abteilung darüber gesprochen, dass Bauarbeiter auf der Stalinallee gegen die Normenerhöhung in Form einer Demonstration protestiert hätten. Das schien uns noch keine weltbewegende Sache zu sein, denn es war nicht von anderen Betrieben die Rede. Die Bauarbeiter auf der Stalinallee waren nicht unbedarft. Hier sammelten sich des öfteren Gruppen und diskutierten und nicht selten wurden sie provoziert, denn es war ja einfach, auch für Westberliner undurchsichtige Elemente, auf offenen Baustellen, die jeder betreten konnte, Arbeiter anzusprechen. Wir nahmen die Sache nicht so ganz ernst. Nach der Pause der Nachmittagschicht - das muss so zwischen 18 und 19 Uhr gewesen sein - wurde die Sache schon brenzlicher. Als wir aus dem kleinen Kantinenraum der Abteilung an unseren Arbeitsplatz zurückkamen, fand der Brigadier auf seinem kleinen Schreibtisch einen Handzettel mit der Parole „Nieder mit den Mormonen! Streikt!“

Später wurde vermutet, dass er selbst diesen Handzettel dort hingelegt hätte, um einen Anlass zur Diskussion zu haben. Der Brigadier versuchte, mit uns darüber zu diskutieren, aber es kam keine Diskussion zustande, da wir als Parteigenossen und auch die FDJ lerin nichts wussten und erst Kontakte zur Parteileitung aufnehmen wollten.

Das war am späten Abend in der zweiten Schicht schlecht möglich. Der Brigadier gab diesen Handzettel dann dem diensttuenden Meister in der Abteilung. Am späten Abend, kurz vor Schichtende, kamen Parteigenossen durch den Betrieb und gaben die Anweisung, dass sich die Parteigenossen alle am nächsten Morgen im Parteibüro zu melden hätten. Aber in der Nacht noch wurden Parteigenossen und fortschrittliche Arbeiter mobilisiert, um eine sogenannte Arbeiterwehr zu bilden. Dies geschah, wie ich später hörte, in einer ganzen Reihe von Betrieben. Am 17. Juni meldeten wir uns im Parteibüro. Die Partei informierte uns, dass gegen die Normenerhöhung in der Innenstadt Demonstrationen stattgefunden hätten und am frühen Morgen des 17. Juni auch andere Provokationen wie Plünderungen von Lebensmittelläden (HO-Läden), Zerstörungen von Partei- und Gewerkschaftsbüros u. ä. vorgekommen waren. Im KWO, unserem Betrieb, waren in mehreren Abteilungen die bereits genannten Handzettel aufgefunden worden, auf Arbeitsplätzen, an schwarzen Brettern. Einzelne Provokateure waren durch den Betrieb gezogen und hatten die Arbeiter zum Streik aufgefordert. Ein Teil der Kollegen hatte daraufhin den Betrieb verlassen und sich so der Arbeitsniederlegung angeschlossen. Einige waren gar nicht zur Arbeit gekommen, denn der Rias hatte pausenlos Aufrufe und Appelle gegen die DDR-Regierung verbreitet, zum Streik aufgefordert und wilde Gerüchte in die Welt gesetzt. Dadurch waren einige Arbeiter verängstigt und blieben bei ihren Familien zu Hause. In einer ganzen Reihe von Abteilungen wurde jedoch voll gearbeitet.

Auch unser Brigadier und der Materialzubringer waren nicht zur Arbeit erschienen. Wie sich später durch Untersuchungen herausstellte, hatte der Materialzubringer enge Verbindungen zum CIA, der Brigadier hatte jahrelang in Westberlin Schwarzarbeit verrichtet und war nun endgültig mit seiner Familie in den „goldenen Westen“ getürmt. Die Parteigenossen, die sich im Parteibüro zu melden hatten, erhielten verschiedene Aufgaben. Es wurden Rundgänge durch den Betrieb organisiert, Posten für die Betriebstore gebraucht, Posten rund um das Betriebsgelände aufgestellt, Kuriere, die zu den Posten Kontakt hielten und anderes mehr. Die Betriebstore waren geschlossen worden. Eine kleine, schmale Pforte war geöffnet. Hier konnten Kollegen, sofern sie zum Betrieb gehörten, rein- und rausgehen. Die, die reingingen, wurden bis zu ihrem Arbeitsplatz begleitet, die, die rausgingen, konnten ungehindert das Tor passieren. Es war Anweisung gegeben worden, sich nicht provozieren zu lassen und auch nicht mit den Demonstrierenden zu diskutieren.

Provokateure werden festgenommen

Während wir am 17. Juni vormittags noch beim Verteilen der Aufgaben waren, erhielt die Partei im KWO einen Anruf, dass Arbeiter aus Köpenicker Betrieben die Arbeit niedergelegt und sich in einem Demonstrationzug zusammengeschlossen hätten, der aus Köpenick über Oberschöneweide in Richtung Innenstadt demonstrieren würde. In Oberschöneweide lagen mehrere Großbetriebe, wo sie vorbeimarschieren mussten. Die Partei im KWO war so vorgewarnt. Es erfolgte nun die Anweisung, dass sich einzelne Genossen und FDJler, nach Möglichkeit in Blauhemden und mit Parteiabzeichen, an den Straßenrand vor die Werkstore zu stellen hatten, um so Geschlossenheit zu demonstrieren. So standen wir, als der Zug am Betrieb KWO vorbeikam, drei junge Genossen im Blauhemd, ältere Parteigenossen in Windjacken und mit Parteiabzeichen, direkt an der Bordsteinkante. Vor dem Betriebstor hatten sich noch andere Parteigenossen aufgestellt. Es war ein Block von mehreren hundert Arbeitern, der uns entgegenkam. Die vorderen Reihen riefen Parolen wie „Nieder mit der Regierung“, „Nieder mit den Normen“, „Wir wollen freie Wahlen“ und ähnliche.

In den ersten Reihen wie auch an den Seiten marschierten eindeutig Provokateure und Drahtzieher. Sie stürzten sich auf uns und versuchten, uns die Blauhemden und die Abzeichen runterzureißen. Doch in dem Moment stürzten aus der Pfortnerloge und aus den Reihen der Genossen, die vor dem Betriebstor standen, viele Genossen, ergriffen die Provokateure und zerrten sie in den Betrieb. Sie wurden in; Gewahrsam genommen und später abtransportiert. Die Demonstranten kümmerten sich jedoch nicht weiter um die, die in den Betrieb gezerrt wurden, sondern marschierten in Richtung Innenstadt weiter.

Ab mittags wurde dann durch den sowjetischen Militärkommandanten über Ostberlin der Ausnahmezustand verhängt.

Der Befehl lautete:

Befehl des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin

Für die Herbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung im sowjetischen Sektor von Berlin wird befohlen:

1. Ab 13.00 Uhr des 17. Juni 1953 wird im sowjetischen Sektor von Berlin der Ausnahmezustand verhängt.
2. Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstigen Menschenansammlungen über drei Personen werden auf Straßen und Plätzen wie auch in öffentlichen Gebäuden verboten.
3. Jeglicher Verkehr von Fußgängern und der Verkehr von Kraftfahrzeugen wird von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten.
4. Diejenigen, die gegen diesen Befehl verstoßen, werden nach den Kriegsgesetzen bestraft.

Berlin, d. 17. Juni 1953 Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin Generalmajor Dibrowa

Nachdem die Rote Armee eingegriffen hatte, beruhigte sich die Lage ziemlich schnell. Nach und nach kamen die Kollegen wieder in den Betrieb. War es am nächsten Tag noch ein erheblicher Teil, der zu Hause geblieben war und die Lage noch erst abwarten wollte, so erschienen sie in den Tagen danach wieder vollzählig, bis auf die, die sich nach Westberlin abgesetzt hatten. Die Kontrollen durch die Partei, durch die Arbeiterwehr, durch die Volkspolizisten, die Rundgänge im Betrieb wurden noch für eine gewisse Zeit aufrechterhalten.

Ähnlich wie hier dargestellt, hat sich der 17. Juni in mehreren Berliner Betrieben abgespielt. Am Potsdamer Platz, in der Stalinallee und am Alexanderplatz waren die Ausschreitungen erheblicher. Neben Plünderungen, Brandstiftungen, dem Herunterreißen von roten Fahnen, den Zerstörungen von Parteibüros, von Verkehrseinrichtungen etc, hat es an der Grenze zu Westberlin leider Tote gegeben.

Aber wessen Schuld war das ?

Die Hintermänner der faschistischen Provokation waren die imperialistischen Kräfte in Westdeutschland, die die sozialistischen Errungenschaften wieder rückgängig machen, die den Krupp, Flick und anderen Konzernherren ihr „Eigentum“ wieder zurückgeben wollten. Es war kein Zufall, dass kurz vor dem 17. Juni an den Börsen die Aktien der sogenannten „Ostwerte“ um eine ganze Reihe von Punkten emporkletterten. Die Konzernherren wussten, dass der „Tag X“ bevorstand. Es war auch kein Zufall, dass unmittelbar nach dem Scheitern der Provokation Adenauer und Konsorten große Trauerfeiern veranstalteten und Unternehmerverbände Hunderttausende von Mark für die sogenannten Opfer des Putsches zur Verfügung stellten.

Eine Kluft zwischen der Partei und den Massen

Es kann aber ebenso kein Zweifel darüber bestehen, dass in der DDR am 17. Juni eine Kluft zwischen Partei und Regierung einerseits und den werktätigen Massen andererseits vorhanden war, die nach dem 17. Juni noch vergrößert wurde.

Die große Mehrheit der Arbeiter der DDR hatte sich nicht provozieren lassen, hatte die Arbeit nicht niedergelegt. Insgesamt waren es sechs Prozent der fünf Millionen Arbeiter und Angestellten. Viele haben sich auch nur stundenweise beteiligt. Die große Mehrheit stand trotz der enormen Hetze, der Agentenarbeit und faschistischen Provokationen, trotz ihrer schweren Lage hinter ihrem sozialistischen Staat. Und auch von den 300.000, die da demonstrierten und streikten, war nur ein verschwindend geringer Teil reaktionär und gegen den Sozialismus eingestellt. Sie waren ganz einfach zu Recht empört.

Um so unverschämter und heuchlerischer war es, als sich Herbert Warnke, ZK-Mitglied der SED, Vorsitzender des FDGB, im August 1953 auf dem FDGB-Kongress hinstellte und zum 17. Juni folgendermaßen Stellung bezog: „Auch Hitler gelang es bekanntlich, gewisse rückständige Schichten der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen“.

Oder „Die Werktätigen, die am 17. Juni demonstrierten und sich an Arbeitsniederlegungen beteiligten, sind auch der internationalen Arbeiterklasse in den Rücken gefallen“. Voller Zynismus schlug auch Kurt Barthel, genannt Kuba, Paradeferd unter den DDR-Schriftstellern und damals Sekretär des Schriftstellerverbandes, die gleichen Töne wie die Gewerkschaft gegen die Arbeiter an. In einem Artikel an die Bauarbeiter der Stalinallee schrieb er: „Ihr zogt in schlechter Gesellschaft durch die Stadt. Ihr zogt mit dem Gesindel, das, von den großen Weltbrandstiftern gedungen, schon die Benzinflasche in der Tasche trug, mittels denen sie morgen eure Baugerüste anzünden würden. Das wolltet ihr nicht. Aber als es geschah, ließt ihr es zu...“

„Als wenn man mit der flachen Hand ein wenig Staub vom Jackett putzt, fegte die Sowjetarmee die Stadt rein. Ihr aber dürft wie gute Kinder um neun Uhr abends schlafen gehen. Für euch und den Frieden der Welt wachen die Sowjetarmee und die Kameraden der Deutschen Volkspolizei. Schämt ihr euch auch so, wie ich mich schäme? Da werdet ihr sehr viel und sehr gut mauern und künftig auch sehr klug handeln müssen, ehe euch diese Schmach vergessen wird. Zerstörte Häuser reparieren, das ist leicht. Zerstörtes Vertrauen wieder aufrichten ist sehr, sehr schwer.“

Was heißt das? Wieder einmal hat die Arbeiterklasse schuld, nicht die Fehler der Regierung, nicht die Fehler der Partei haben zu den Protesten beigetragen, nicht Bürokratismus, nicht Schlendrian, nicht Korruption und Bestechung riefen schlechte Versorgung und Empörung hervor, sondern die Arbeiterklasse hat sich diese Misere selbst in die Schuhe zu schieben. Kein Wort der Selbstkritik, kein Wort zu den eigenen Fehlern, keine Taten.

Denn Taten, das hätte Säuberung der Partei bedeutet, die Säuberung von Karrieristen und Bürokraten, hätte die Anhörung der Kritiken bedeutet, der Kritiken der Arbeiterklasse, hätte die selbstkritische Stellungnahme zu den eigenen Fehlern erfordert. Nichts in dieser Richtung wurde verbessert. Stattdessen wurden die Kritiken der Basis mehr denn je unterdrückt, wurden Arbeiter, die es nur wagten, Bürokratismus und Korruption aufzudecken, als Agenten und Provokateure, als „Anhänger des faschistischen Putsches vom 17. Juni“ verschrien.

Agent - da wurde nach dem 17. Juni so ungefähr jeder verdächtigt. Das Misstrauen wuchs, untereinander, in der Partei und außerhalb. Und viele Parteileute benahmen sich nach dem 17. Juni gegenüber den Arbeitern wie Kuba: arrogant und zynisch. Und es war wirklich so: trug man das Blauhemd oder das Parteiabzeichen, hatte man Macht. Das Verhältnis zwischen der Partei und den Arbeitern wurde nicht besser. Im Gegenteil. Tauchte man irgendwo mit dem Blauhemd oder dem Parteiabzeichen zwecks Agitation im Betrieb auf, machten viele Arbeiter einen Bogen oder verhielten sich im Gespräch äußerst zurückhaltend. In der Brigade bekamen wir zwei Parteigenossen auch oft Schwierigkeiten und wurden scheel angesehen, denn immer mehr riss es ein, dass wir von der Arbeit freigestellt wurden, um für die Partei oder für die FDJ Arbeiten zu verrichten oder an Konferenzen teilzunehmen oder anderes.

Bei all diesen Zuständen war es kein Wunder, dass in der Folge, besonders in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, immer mehr Arbeiter die DDR verließen.

Das, was den Konzernherren und Großgrundbesitzern 1953 durch die Inszenierung ihres faschistischen Putsches nicht gelang, die DDR in einen kapitalistischen Ausbeuterstaat zurückzuverwandeln, wurde Jahre später durch die revisionistische Politik der Ulbricht-Regierung selber erreicht: die erste Diktatur des Proletariats, der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden gehört der Vergangenheit an.

Bertolt Brecht, der bekannte kommunistische Schriftsteller, schrieb zum 17. Juni 1953 ein kleines Gedicht:

Nach dem Aufstand des 17. Juni

Ließ der Sekretär
des Schriftstellerverbandes
In der Stalinallee
Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war,
dass das Volk
Das Vertrauen der Regierung
verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte
Arbeit
Zurückerobern könne.
Wäre es da nicht einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und Wählte ein anderes ?

Waltraud Aust
ROTER MORGEN, 18-21 /1976
Auszüge:

**Bericht über die Entwicklung der DDR
Am Klassenkampf festhalten!**

Wie sah es damals aus in der DDR, als sie noch ein sozialistischer Staat war, auf den sich die Hoffnungen und Blicke nicht nur der Werktätigen in Westdeutschland, sondern ganz Europas richteten?

Es waren schwierige Bedingungen, unter denen der Aufbau des Sozialismus in der DDR vor sich ging. Die vor der Roten Armee zurückweichenden Faschisten hatten Industrieanlagen, Werke und auch Verkehrswege zerstört. Aber auch die Amis warfen angesichts des Vormarsches der Roten Armee auf Leuna und andere Werke Bomben. Die Imperialisten haben Industrieanlagen, Unterlagen, ja sogar Personal aus der DDR nach Westen verlagert. Ein schwerer Schlag für die DDR, die keine eigene Schwerindustrie besaß, war es, daß die Imperialisten das Ruhrgebiet und das Saarland von der DDR abschnitten.

Das alles war nur möglich im harten Klassenkampf. Der Sozialismus wurde in der DDR nicht friedlich errichtet, wie uns Ulbricht später weismachen wollte.

Ich selbst habe damals in Ostberlin gelebt. Die Situation nach dem Krieg war äußerst schwierig. Aber trotz der großen Hungersnot und vieler anderer Leiden hatte die Bevölkerung mit großem Schwung den Aufbau Berlins begonnen. Große Teile der Bevölkerung nahmen aktiv am politischen Leben teil. Der erste deutsche Volkskongress Ende 1947, der unter der Losung „Für Einheit und gerechten Frieden“ stattfand und die anschließende Volkskongressbewegung erfaßten fast die gesamte Bevölkerung. In den Betrieben, Städten und Dörfern der sowjetischen Besatzungszone wurden ständige Komitees der Volkskongressbewegung gebildet. Die Mitarbeit in diesen Komitees, die Diskussionen in den Versammlungen und die Teilnahmen waren rege und lebendig. Obwohl meine Eltern keine Kommunisten waren, wurde im Elternhaus und in der Nachbarschaft sehr häufig positiv über diese neue Entwicklung nach dem Kriege gesprochen. So hatten meine Eltern auch nichts dagegen, als ich bei Gründung der Jungen Pioniere Ende 1948 deren Mitglied wurde und später in die FDJ eintrat.

Die spalterische Politik der amerikanischen und britischen Besatzungsmächte, die im September 1949 die Bonner Republik ausriefen, führte im Oktober 1949 zur Gründung der DDR. Dieser mutige Schritt wurde begeistert begrüßt. Es war ein neuer Anfang in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, daß erstmals die Arbeiter die Macht hatten.

Aber ein neuer Anfang ist immer schwierig. Umso mehr, so sehe ich das heute, hätte man jede negative Erscheinung, hätte man das Alte bekämpfen und das Neue, den Sozialismus, fördern müssen. Ich möchte versuchen, das hier an Beispielen aus Betrieben, in denen ich gearbeitet habe, darzulegen.

1951 fing ich im Transformatorenwerk in Berlin-Oberschöneweide an zu arbeiten. Es gab damals kaum Lehrstellen, und so begann ich als Botin. Die Großbetriebe waren damals fast ausschließlich mit bürgerlichen Direktoren besetzt. Es gab noch keine ausgebildeten Arbeiterdirektoren, die Arbeiterkinder hatten gerade erst angefangen, zu studieren. In vielen Betrieben oblag den Kulturdirektoren, die Genossen waren, bzw. den Parteisekretären die politische Leitung. Das war damals auch so richtig.

Im Transformatorenwerk gab es ebenfalls einen Kulturdirektor, Kurt Peglow, ein alter Kommunist, der lange Jahre im KZ war. Auf dieser Direktion wurde ich als Botin eingesetzt.

Die Direktion hatte ihre Räume auf einer gesonderten Etage. Das war bei den Kapitalisten so und wurde auch so übernommen. Nun ließ sich dagegen wohl kaum etwas sagen, sagen aber ließ sich etwas dagegen, daß sich vor dieser Etage ein Glaskasten — ähnlich wie unsere Pförtnerlogen — befand, der die „hohen Herren“ vor den Belästigungen durch das „gemeine Volk“ absichern sollte. In diesem Glaskasten saßen ein schwerbeschädigter Arbeiter und ich und warteten auf die Aufträge, die uns die Direktionssekretärinnen übergaben. Oft mußte ich abends nach Feierabend noch private Botengänge erledigen.

So mußte ich beispielsweise einmal Bewerbungsunterlagen für die Sekretärin, Fr. Schlick, zur DEFA überbringen, wo sie sich als Schauspielerin bewarb.

Mit mehreren FDJlern besuchten wir abends noch einen Kursus in Schreibmaschine und Stenografie. Mit der Partei im Betrieb war abgesprochen, daß ich 2 x in der Woche eine Stunde auf der Schreibmaschine im Direktionssekretariat üben durfte. Ich durfte also nur zu diesem Zweck 2 x in der Woche in dieses Sekretariat, die andere Zeit mußte ich draußen — oftmals untätig — auf der Treppe im Glaskasten sitzen. Meinem Vater, der im gleichen Betrieb als Arbeiter tätig war, und der sich darüber beschwerte, wurde gesagt, das seien eben noch Nachkriegerscheinungen, sie würden später, wenn die ersten Aufbauschwierigkeiten vorbei wären, gelöst. Das stimmte und daran glaubten wir auch alle.

1951 gab es noch Demontagen. Viele Sachen gingen in die UdSSR, natürlich arbeitete auch der Gegner in den Betrieben. So kam es öfteren vor, daß Sabotageakte verübt wurden. Aber anstatt offen mit den Arbeitern über diese Sabotageakte zu reden und sie zur Wachsamkeit zu erziehen, verschwieg man diese Dinge. Nur im stillen Kämmerlein wurden sie besprochen. Selbst als die bürgerlichen Direktoren des Transformatorenwerkes einer nach dem anderen in den Westen türmten — sie hatten alle inzwischen über die Handelsbeziehungen ihre Kontakte zum Westen geknüpft — wurde dies offiziell nicht den Arbeitern gesagt. Auch innerhalb der FDJ hörte man nur immer bruchstückweise davon. Die Leitung übernahm dann vorübergehend einer der zurückgebliebenen Direktoren.

Wurden innerhalb der FDJ oder der Partei einige Dinge auch nicht besprochen, so wurden aber FDJler, Parteimitglieder o. a. schon damals besonders, d. h. bevorzugt behandelt. Es gab nach Feierabend nur wenige Zusammenkünfte, Schulungen etc. Viele Probleme, die behandelt werden mußten, wurden während der Betriebsarbeit besprochen. Ich wurde sehr oft von der Arbeit weggeholt. Natürlich zu Lasten meiner Kollegen, die dann meine Arbeit mitmachen mußten. Im FDJ-Sekretariat wurden dann die Aktionen besprochen, die nach Feierabend gemacht wurden. Manchmal hatten wir auch in Westberlin Einsätze. Diese Einsätze waren natürlich richtig. Aber es kam dann vor, daß die Parteigenossen und FDJler früher aus dem Betrieb gingen. Dies rief bei den Arbeitern ebenfalls Mißfallen hervor, besonders dann, wenn auch die politische Überzeugungsarbeit ungenügend war. In der Brigade, aber auch in den anderen Arbeitsbereichen mußte ja nun unsere Arbeit von den Nichtorganisierten mitgemacht werden.

Eine Schulung der FDJ gab es. Aber auch sie spielte sich zumeist während der Arbeitszeit ab. Da wurde dann 1 Stunde oder so vorher aufgehört, wir versammelten uns im Sitzungszimmer und es wurde meistens das „Neue Deutschland“ zitiert und über dessen Inhalt gesprochen. Klassikertexte wurden in diesen Schulungen nicht behandelt. Sie wurden hauptsächlich auf den FDJ-Schulen und Parteischulen gelehrt. Neben diesen Schulungen gab es auch häufig sogenannte Benimm-Schulungen. Diese waren natürlich immer interessant und es kamen dadurch auch mehr zur FDJ. Auf diese Idee kam damals der Parteigenosse Kurt Weissenberger, der als Mitarbeiter beim Kulturdirektor tätig war. Er brachte uns, wenn das „Neue Deutschland“ diskutiert war, anschließend immer so Knigge-Kniffe bei. Beispielsweise, daß ein Mann, wenn er mit einer Frau zusammen die Treppen hinuntergeht, 1 Stufe vor dieser Frau runtersteigen muß, damit er sie auf fangen kann, falls sie stolpert. Geht er die Treppe rauf, so muß er ebenfalls eine Stufe hinter der Frau gehen, damit er wieder auffangen kann. Es muß aber 1 Stufe sein, andernfalls er der Frau wieder unter den Rock gucken kann. Oder er brachte auch einmal einen Teller mit Kartoffeln mit, um uns zu zeigen, daß man Kartoffeln nicht mit dem Messer schneidet, sondern nur bricht. Oder wie man nach dem Essen Messer und Gabel hinzulegen hat usw. Nichts gegen Esskultur, aber wenn ich heute darüber nachdenke, erscheint es mir unverständlich, daß man selbst solche Dinge im Rahmen der FDJ-Schulung mitgemacht hat. Aber damals waren sie für uns halt interessant.

Natürlich gab es neben den negativen Sachen, (die wir für natürlich hielten), auch viele positive Dinge. So haben wir abends von der FDJ aus viele Volkstänze, Laienspiele usw. einstudiert und schöne Stunden verlebt. An Wochenenden sind wir häufig zu Einsätzen aufs Land in die Umgebung von Berlin, um den Bauern zu helfen, gefahren. Später, im

Jahre 1952, als die Gesellschaft für Sport und Technik existierte, haben wir Zeltlager, Partisanenspiele, nachts nach Kompaß laufen und vieles andere unternommen. Diese militärische Vorbildung für die Jugend, die hauptsächlich von der GST (Gesellschaft für Sport und Technik) geleistet wurde, machte uns viel Freude und war auch notwendig, um unsere proletarische Kampfbereitschaft zu stärken.

1952 wurde ich dann auch Kandidat der Partei. Die Kandidatenzeit betrug für Angestellte 2 Jahre, für Arbeiter weniger. Ansonsten aber wurden keine besonderen Bedingungen gestellt, an politischer Bildung wurde sehr wenig verlangt, geschweige denn, daß man, wie dies in China oder Albanien der Fall ist, die Meinung der Kollegen zur Aufnahme in die Partei berücksichtigt hätte. Das Aufnahmegespräch dauerte keine fünf Minuten. Meine Tätigkeit in der FDJ reichte, um auch in die Partei aufgenommen zu werden. Die Aufnahme war damals schon so eine Art Massenaufnahme. Bei der Übergabe des Parteibuches bzw. der Kandidatenkarte waren wir über 20 Genossen. Der Rahmen war sehr feierlich und ich war sehr beeindruckt. Dennoch, überlegt man, daß die KPD 1932 in ganz Deutschland 252.000 Mitglieder hatte, 1946 auf ihrem XV. Parteitag 619.256, die SED auf ihrem III. Parteitag 1950 aber bereits 1.750.000 Mitglieder allein in der DDR, so kann man sich vorstellen, daß sich darunter bestimmt zahlreiche Karrieristen, Revisionisten und andere üble Elemente befanden. Das sollte ich bald in der Praxis erleben.

Kurz nach meiner Aufnahme in die Partei wurde eine Kampagne durchgeführt, um die Volkspolizei, die noch sehr jung war, zu stärken. Es war selbstverständlich, daß ich mich zur Polizei meldete. Ich arbeitete dann dort als Stenotypistin bei der Kriminal-Polizei. Hier wurde ich dann das erste Mal mit vielen fragwürdigen Dingen konfrontiert, die mir Jahre später und auch heute noch von Genossen bestätigt werden, die ähnliches in vielen Teilen der DDR erlebt hatten.

Ich wurde in Berlin-Oberschöneweide im Revier eingesetzt. Es waren damals bei der Volkspolizei natürlich alles Parteigenossen, aber keine Kampfgestählten. Entsprechende Schulungen oder einen ideologischen Kampf, einen Kampf zweier Linien, einen bewußten Kampf gegen alle opportunistischen, bürgerlichen Abweichungen, wie wir ihn heute in unserer Partei führen, gab es nicht. Die ideologische Erziehung, die ja fortwährend, das ganze Leben lang beibehalten werden muß, wurde nicht beachtet. So konnte es denn auch sehr schnell kommen, daß sich — selbst unter den Genossen — korrupte Elemente entwickelten.

Die politische Situation in Berlin, der wirtschaftliche Aufschwung durch den Marshall-Plan im Westen, ihre Feindschaft zum Sozialismus und anderes mehr, veranlaßten in den ersten Jahren der Gründung der DDR, also 1950, 1951, 1952 viele Handwerker, Großbauern, Ärzte, Technokraten usw. die DDR zu verlassen. Im Gegensatz zu späteren Fluchtbewegungen handelte es sich bei diesen Menschen überwiegend um bürgerliche bzw. kleinbürgerliche, reaktionäre Elemente.

Unser Parteileben auf dem Polizeirevier sah ähnlich aus wie im Betrieb. Schulung des „Neuen Deutschlands“, Bezahlung der Beiträge. Mir selbst fehlten sämtliche Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Oft habe ich die Artikel im „Neuen Deutschland“ gar nicht verstehen können. Lediglich die grausame Erinnerung an den Krieg und mein Gefühl für Gerechtigkeit, anerzogen durch Armut und Hunger in Elternhaus, ließen alles im goldenen Licht erscheinen. So ist es damals vielen Menschen gegangen. Die neue Zeit, der Triumph, der Sieg über den Faschismus, die Hoffnung, daß der Krieg nun endgültig vorbei sei, die Tatsache, daß erstmals die Arbeiterklasse die Macht ausübte, ließ alle Mängel, all die bereits im Keim wieder vorhandene Korruption klein und unwesentlich erscheinen.

Gerade wir Jugendlichen, aber auch viele ältere Kollegen und Genossen gingen voll Enthusiasmus an die Aufgabe des Aufbaus unseres neuen sozialistischen Staates. Und es waren ja auch großartige Werke, die da durch die Kraft des Volkes neu entstanden: das Eisenhüttenkombinat StalinStadt an der Oder, das Eisenhüttenkombinat West an der Saale, die neuen Großwerften in Stralsund, Warnemünde und Wismar, die Großkokerei in Lauchhammer, das Stahl- und Walzwerk Brandenburg usw. usf. Der Enthusiasmus der Jugend manifestierte sich in großartiger, für alle die dabei waren wohl unvergesslicher Weise, in den III. Weltspielen der Jugend und Studenten im August 1951 in Berlin.

2 Millionen Jugendliche aus der DDR, rund 35.000 aus der Bundesrepublik und 26.000 Gäste aus 104 Ländern nahmen daran teil. Auch wenn auf uns Berliner FDJler und Genossen die ganze Last der Organisation ruhte — ich mußte von morgens bis abends Würstchen, Knacker verkaufen —, so fanden wir abends doch Zeit, die zahlreichen Veranstaltungen zu besuchen. Unvergesslich ist mir auch eine anlässlich der Weltfestspiele von uns Berliner FDJlern in Westberlin durchgeführte machtvolle revolutionäre Demonstration, natürlich kam es zu Auseinandersetzungen mit der Westberliner Polizei und wieder einmal mußte ich, wie des öfteren bei ähnlichen Anlässen, Nächte im Gefängnis verbringen. Nächte, in denen unsere revolutionären Lieder dem Wachpersonal auf die Nerven gingen.

Eine gewaltige Leistung anlässlich der Weltfestspiele war auch die Unterbringung und Versorgung der rund 2 Millionen Gäste. Und hier zeigte sich besonders anschaulich die damals noch vorhandene breite Solidarisierung der Ostberliner Bevölkerung mit ihrem sozialistischen Staat. Hunderttausende nahmen trotz zumeist eigener beengter Wohnverhältnisse die jungen Gäste auf. Wie konnte es kommen, daß zwei Jahre später, am 17. Juni 1953, wenigstens ein Teil derer, die damals noch für den Aufbau des Sozialismus waren, sich von der Konterrevolution mißbrauchen ließen?

Einschub:

Die Kritik und Selbstkritik - eine unübertreffliche Waffe

(Magdeburger „Volksstimme“, Organ der SED im Bezirk Magdeburg -17. Januar 1951)

Die Stärke unserer Partei und unseres Staates gründet sich auf die schöpferische Kraft der Arbeiterklasse und aller übrigen Werktätigen. Daher ist es eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei, diese schöpferische Kraft, die Aktivität und Initiative der werktätigen Massen mit allen Mitteln zu fördern. Aber wie soll das geschehen? Was ist dazu erforderlich, um die riesigen Kräfte der Arbeiterklasse und aller Werktätigen freizulegen und sie beim Aufbau des Sozialismus, bei der Leitung unseres Staates und unserer Wirtschaft voll zur Entfaltung zu bringen?

Darauf antwortet Genosse Stalin: „Hierzu ist vor allem eine ehrliche und bolschewistische Durchführung der Losung der Selbstkritik sowie eine ehrliche und bolschewistische Durchführung der Losung der Kritik von unten an den Mängeln und Fehler unserer Arbeit erforderlich. Was bedeutet es, wenn die Arbeiter die Möglichkeit benutzen, offen und aufrichtig die Mängel in der Arbeit zu kritisieren, unsere Arbeit zu verbessern und voranzutreiben?

Das bedeutet, dass die Arbeiter zu aktiven Teilnehmern an der Führung des Landes der Wirtschaft und der Industrie werden.“

Die Kritik an Mängeln im Partei- und Staatsapparat, wie sie fast täglich in der sozialistischen Presse zum Ausdruck kommen, veranschaulicht deutlich die leidenschaftliche Anteilnahme unserer Werktätigen an der Entwicklung und Führung unserer Wirtschaft und unseres Staates. Hier zeigt sich, dass die Kritik und Selbstkritik in den Händen der Arbeiterklasse eine unübertreffliche Waffe ist, um unsere Vorwärtsentwicklung zu beschleunigen, um alle Quellen unserer Kraft voll zu entfalten. Unsere Gegner, die Kräfte der Reaktion, die zum Untergang verurteilte Klasse verfügen nicht im entferntesten über eine solche Waffe. Sie begreifen diese Waffe auch nicht und höhnen, wenn die Werktätigen offen und schonungslos die Fehler ihrer eigenen Arbeit kritisieren: sie sehen dort Schwächen, wo sich in Wirklichkeit die Stärke der fortschrittlichen Kräfte am wirkungsvollsten manifestiert. Soll der Gegner höhnen, um so schlimmer für ihn!

Es gibt aber auch bei uns noch Menschen in verantwortungsvollen Funktionen, die die gewaltige Bedeutung der Kritik und Selbstkritik für unsere Vorwärtsentwicklung nicht begriffen haben. Solche Funktionäre betrachten Kritik und Selbstkritik unter dem Gesichtspunkt, ihre Sache sei es Kritik zu üben, den von ihnen geleiteten Massen komme dagegen die Pflicht der Selbstkritik zu. Sie verkennen, dass gerade neben der selbstkritischen Überprüfung der eigenen Arbeit die Kritik von unten die Hauptmethode ist, mit deren Hilfe Fehler und Mängel in unserer Arbeit aufgedeckt und überwunden werden. Sie verkennen, dass die Entfaltung von Kritik und Selbstkritik ein ständig wirkendes Entwicklungsgesetz unserer Partei und unseres Staates ist. Sie verkennen, dass unsere Partei und die Werktätigen unserer Republik ohne eine solche Kritik und Selbstkritik nicht vorwärts schreiten und neue Erfolge erringen können. Erst gestern berichteten wir über ein Mitglied unserer Partei, das versucht hatte durch Unterdrückung der Kritik die ständig vorwärts schreitende Entwicklung in unserer Republik aufzuhalten. „Wer kritisiert, fliegt“, das war zum Beispiel das Leitmotiv des Handelns des 1. Sekretärs der Bau-Union Magdeburg, Genossen Schröder. Es ist ganz klar: Wo die Kritik unterdrückt wird, ist der Boden frei für den Gegner. Zeigten doch die Missstände im Zwickauer Steinkohlenbergbau, wohin es führt, wenn die Kritik von unten missachtet und unterdrückt statt gefördert wird. Ein anderes Beispiel. Die Kritiken der Bevölkerung über die völlig unzureichende Versorgung mit Kohlen zeigen nur zu deutlich, wie notwendig es ist, dass wir einen konsequenten Kampf gegen die Missachtung der Kritik führen. Warum beachten zum Beispiel die verantwortlichen Genossen in den staatlichen Organen nicht die berechtigten Kritiken unserer Werktätigen? Warum nehmen sie nicht öffentlich in der „Volksstimme“ dazu Stellung ?

Jeder Werktätige sollte daraus die Lehren ziehen die Kritik und Selbstkritik jetzt endlich auf breiter Basis voll zur Entfaltung zu bringen und jeden Unterdrücker der Kritik an die frische Luft setzen. Wie war es zum Beispiel möglich, dass 300 Kolleginnen in einer Abteilung im Karl-Liebknecht-Werk Salbke sage und schreibe nur einen einzigen Abort in ihrer Abteilung benutzen können? Alle Kritiken und Hinweise auf diese sozialen Missstände bei der BGL und Werkleitung verpufften. Allzu verständlich ist dann also, wenn diese Kolleginnen über diese Nichtbeachtung der Kritik empört sind.

Es ist bald zu einer Binsenwahrheit geworden, dass hinter der Nichtbeachtung und Unterdrückung der Kritik die organisierte Arbeit des Feindes steht. Mit vollem Recht heißt es daher im Beschluss des ZK der SED über die „Lehren

aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slansky“, dass feindliche Agenturen sich nur dort entwickeln können, wo man die Kritik und Selbstkritik unterdrückt. Es ist klar — und jeder Tag liefert uns dafür neue Beispiele —, dass die Millionen unserer Werktätigen, die am Vorwärtsschreiten ihrer ureigenen Sache aufs tiefste interessiert sind, immer mehr Fehler und Mängel der eigenen Arbeit erkennen und oft schneller die Wirkung von Schädlingstätigkeit bemerken können, als Dutzende oder Hunderte Parteifunktionäre es von oben her vermögen, Kritik und Selbstkritik von unten nicht fördern, sie gewissermaßen dem Selbstlauf überlassen, das heißt, auf das mächtige Entwicklungsgesetz unserer Partei und unseres Staates, auf eine der Hauptwaffen im Aufbau des Sozialismus verzichten und damit die eigene Sache schädigen. Jedes Mitglied und jeder Funktionär unserer Partei sollte daher den Hinweis des Genossen Malenkov auf dem XIX Parteitag der KPdSU beachten: „Die Kritik von unten kann sich nur unter der Voraussetzung verstärken und entfalten, dass jeder, der eine gesunde Kritik vorbringt, davon überzeugt ist, dass er in unseren Organisationen Unterstützung findet, dass die von ihm aufgezeigten Mängel auch wirklich beseitigt werden.“

Die gegenwärtige Situation in der Agenten, Spione und Saboteure im Auftrag des amerikanischen Imperialismus und seiner deutschen Ableger unseren sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik mit den gemeinsten und hinterhältigsten Mitteln und Methoden zu stören versuchen, gerade diese Situation verlangt die volle Entfaltung der Massenwachsamkeit gegen das organisierte und massive Treiben des Feindes.

Diese Massenwachsamkeit kann aber nur entwickelt werden, wenn die Selbstkritik und Kritik und der Kampf gegen die Sorglosigkeit von unten energisch entfaltet werden, wenn jedes Parteimitglied sich verpflichtet fühlt, gegen Mängel, Fehler, unklare Verhältnisse und Missstände in der Arbeit der Partei, des Staatsapparates und der Wirtschaft aufzutreten, wenn jedes Parteimitglied dafür sorgt, dass die Kritik der Massen nicht dem Selbstlauf überlassen, sondern beachtet wird und die kritisierten Missstände schnellstens behoben werden.

Bei Leseproben in den Betrieben (Schriftsteller übernahmen über Betriebe Patenschaften und lasen in Abständen auf Kulturabenden aus ihren Werken vor) lernte ich auch bekannte Schriftsteller kennen.

Unter anderem war auch eines Tages der Schriftsteller Jan Koplowitz, der in der Nähe meines Elternhauses wohnte, anwesend. Es war spät und ich kam nicht mehr nach Hause. Ich fuhr mit mehreren Genossen und Freunden mit zu diesem Jan Koplowitz in die Wohnung. Dort lernte ich das Dienstmädchen Herta kennen, das dem Jan Koplowitz die Wirtschaft führte. Das Dienstmädchen Herta und ihr Verlobter Franz Kreuzer, der mit mir im Betrieb zusammen arbeitete, erzählten mir oft von Orgien und Feten, die nächtelang in dieser Wohnung stattfanden, von Nacktfilmen, die an der Ostsee gedreht worden waren und die dieser Schriftsteller, der sich in der Öffentlichkeit und vor den Arbeitern als kämpferischer sozialistischer Schriftsteller feiern ließ, dort vorführen ließ.

Sicherlich wird er es nicht allein gewesen sein, der solch ein Leben führte, denn diese Art Ansätze waren besonders in den sogenannten kulturellen Kreisen vorhanden. Die Ami-Kultur, die wir als FDJler noch öffentlich bekämpften, hatte hinter den Kulissen, in Film, Fernsehen und anderen Institutionen bereits längst Einzug gehalten. Als schreibende Arbeiterin wurden mehrere Gedichte und Novellen von mir veröffentlicht. Im Fernsehen wurde ich vorgestellt und mußte diese Gedichte in Jugendsendungen verlesen. Die Behandlung und die Atmosphäre im Fernsehstudio Adlershof war mehr als bürgerlich und dekadent. Obendrein bekam ich für jedes veröffentlichte Gedicht 120 Mark, für eine Fernsehsendung 60 Mark an Honorar. Novellen wurden pro Zeile berechnet. Mir gefiel das. War es doch ein Haufen Geld für mich und wesentlich mehr als ich im Betrieb verdiente. Dort in der Brigade verdiente ich im ganzen Monat zwischen 200 und 250 Mark einschließlich Akkordstunden. Da kam mir natürlich ein Gedicht für 120 Mark sehr zu paß.

Wenn ich heute darüber nachdenke, so schäme ich mich, daß ich damals genau so gedacht habe, wie diese bereits bürgerlichen Typen. Für ein Gedicht den halben Monatslohn eines Arbeiters. Schließlich war ich ja keine bürgerliche Literaturlernende, sondern Arbeiterin, Genossin. Aber das waren keine Ausnahmen, das war Linie, Parteilinie, und Profis wie Koplowitz haben sicherlich für ihr Geschriebenes ein wesentlich höheres Honorar erhalten.

Natürlich gab es nicht nur diese negativen Erscheinungen, sondern auch viele positive Dinge. Erfolge, die damals, Anfang der 50er Jahre, noch die Hauptseite bildeten. So im Erziehungs- und Gesundheitswesen, die Einrichtung von Polikliniken, die Errichtung von Ferienheimen, in die die Arbeiter für wenig Geld (30 Mark) einen 14tägigen Urlaub verbringen konnten, die Einführung des polytechnischen Unterrichts usw. usf. So wurde damals, um die Zeit des 17. Juni, gerade das schöne Kulturhaus des Kabelwerks Oberspree an der Spree fertiggestellt. Hier gab es alle möglichen Kultur- und Ausbildungssparten für Jugendliche wie für Arbeiter. Auch an Veranstaltungen usw. wurde viel geboten. Diese Kulturhäuser entstanden überall in der Republik. Doch das Wesentliche, das Vertrauen des Volkes zu seiner Regierung zu festigen, schaffte man nicht.

Inzwischen, auf dem II. Nationalkongress der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in Berlin am 15/16. Mai 1954, auf dem ich als Ordnerin eingesetzt war, hatte ich meinen späteren Mann, den Genossen Ernst aus Hamburg, kennengelernt, der eine Delegation westdeutscher Fischer betreute. Im Dezember heirateten wir im historischen Rathaus von Köpenick. Da es dem Genossen Ernst aufgrund seiner Funktion in der KPD nicht möglich war, in die DDR umzusiedeln, stellte ich einen Antrag auf Wohnungswechsel nach Hamburg. Das war eine lange Zeit und dauerte fast zwei Jahre, ehe die Partei die Prüfung, die Entscheidung, die Genehmigung abgeschlossen hatte. Um mich auf den Kampf in Westdeutschland besser vorzubereiten, wurde ich für die Parteischule vorgeschlagen. So besuchte ich dann in der zweiten Jahreshälfte 1955 die Parteischule in Berlin-Köpenick. Hier lernte ich zum erstenmal die Grundbegriffe des Marxismus-Leninismus kennen. Diese Parteischule war mir eine große Lehre und Unterstützung für mein ferneres Leben. Doch auch hier wurden bereits ernste Fehler von Seiten der Kader, der Lehrer gemacht, die kritiklos hingenommen wurden.

Auf der Parteischule waren im Schulungstext noch Werke vom Genossen Stalin angegeben. Diese wurden plötzlich Ende 1955 gestrichen. Ohne Kommentar bei der Bekanntgabe der kommenden Wochenthemen. Im ersten Moment waren einige Genossen baff. Doch man sagte nichts.

Die Parteischule war Ende 1955 beendet.

Im Januar arbeitete ich wieder im Betrieb. Ich habe einem alten Genossen aus meiner Abteilung, der im KZ war, von dieser Sache mit der Stalin-Literatur erzählt.

Der Parteisekretär meldete dies sofort, ohne mit mir darüber zu sprechen, der Kreisleitung Köpenick. Zwischenzeitlich war der XX. Parteitag der KPdSU und der Genosse Stalin wurde öffentlich verdammt. Das war für alle Genossen in der Betriebszelle dann doch ein Schock. Besonders die alten Genossen, die jahrelang im KZ gewesen waren, nahmen das nicht so hin. Innerlich bewegte es sie sehr. Aber nur wenige waren bereit, die Sache öffentlich zu diskutieren. Aus meiner Parteilinie waren es vier. Zwei ältere Genossen, die im KZ gewesen waren, ein junger Genosse, der in den Kandidatenstand zurückversetzt worden war, und ich, die nach Westdeutschland wollte, die die Verurteilung Stalins nicht einfach hinnahm. Wir haben diese Sache sehr offen diskutiert und wurden vom Kreissekretär stark kritisiert. Ich weiß heute nicht mehr so genau die Einzelheiten der Diskussion. Aber den beiden alten Genossen tat man nichts, der junge Genosse, der sowieso „Bewährung“ hatte, wurde ausgeschlossen und mir wurde der eine Haushaltstag im Monat, der mir als verheirateter Frau zustand und den ich in der Regel nutzte, um meinen Mann zu besuchen, gestrichen. Die Diskussion über Stalin selbst wurde abgebrochen. Es hieß immer, es käme noch eine Erklärung. Aber solange ich noch in Berlin in der Betriebszelle war, gab es keine.

Und dann, 1956, übersiedelte ich nach Hamburg. Ich meldete mich hier sofort bei der Partei und kam in die Gruppe von Barmstedt, in Hamburg Altona. Ich war mit sehr gefestigten und revolutionären Vorstellungen hier nach Hamburg gekommen. Ich meinte, die Partei sei so, wie ich sie aus den Büchern über Ernst Thälmann kannte. Das waren offensichtlich sehr idealistische Vorstellungen und meine Enttäuschung war groß. Der erste Zellenabend hatte kein Thema. Der Zellenleiter war gerade in Polen zu Besuch gewesen und an diesem Abend wurde das mitgebrachte Kaffeeservice aus Polen vorgeführt.

Selbstverständlich sahen die Gruppenabende der KPD hier etwas anders aus als die Sitzungen der SED in der DDR. Man konnte die politischen Sitzungen nicht während der Arbeitszeit abhalten. Es gab viele ehrliche Genossen, auch wenn sie nicht richtig angeleitet wurden, denn rein ideologisch, was die Schulung betrifft, spielte sich auch hier in Hamburg nichts ab. Früher habe man, so hörte ich, für alle Genossen die Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang, geschult. Doch da Stalin inzwischen in „Ungnade“ gefallen war, hatte man diesen hervorragenden Lehrstoff (bereits 1954) fallen lassen. Jetzt sah die Schulung wie in der DDR aus, nur daß statt dem „neuen Deutschland“ die „Hamburger Volkszeitung“ bzw. das „Freie Volk“ behandelt wurden.

Das Verbot stand vor der Tür. Am 15. August 1956, einen Tag vor dem Verbot, war der Parteifunktionär Ralf Giordano in unserer Grundeinheit. An diesem Abend hatten wir ein längeres Streitgespräch. Es handelte sich darum, daß wir, mein Mann, ich und noch ein weiterer Genosse vorschlugen, angesichts des morgen früh zu erwartenden Urteils vorsichtshalber in der Nacht noch Schreibmaschinen und einige andere Sachen der Zelle aus dem Kreisbüro in Sicherheit zu bringen, Giordano, der angeblich große Erfahrungen aus der Illegalität besitzen und das Vorgehen der Bourgeoisie kennen sollte, sprach dagegen. Er behauptete, niemals könne es die Bourgeoisie sich erlauben, die KPD zu verbieten. Das wäre ein einziges Mal in der Geschichte, nämlich 1935, aber niemals wieder passiert. Wir, die wir Sicherheitsmaßnahmen in Erwägung zogen, hatten kein Vertrauen zur Partei, unserer Mutter, zu der das Volk aufschau und die es verteidigen würde. Deshalb sei ein Verbot unmöglich. Es wurde beschlossen, noch ein Protestschreiben an den Bundesgerichtshof zu schicken. Klar, daß am nächsten Tag Schreibmaschinen, Adressen usw. in die Hände der Polizei fielen. Übrigens, die Illusion, die KPD könne nicht verboten werden, die in Bonn würden das nicht wagen, wurde damals, wie ich in Gesprächen mit Kollegen im Freihafen, wo ich damals als Hilfsarbeiterin in einer Cellophanfabrik beschäftigt war, erfuhr, von vielen vertreten. Nun können die Massen zeitweilig Illusionen über den Charakter der Bourgeoisie haben, Kommunisten aber sollte das nicht passieren.

Was aber war mit dem „großen Funktionär“ Giordano? Wenige Monate nach dem Verbot schrieb er ein Buch gegen die Partei. „Die Partei hat immer recht“. Und heute? Heute können wir ab und zu bürgerliche Sendungen im Fernsehen von ihm „bewundern“. So wie er nutzten damals Tausende „Genossen“ das Parteiverbot, um sich ins bürgerliche Leben zurückzuziehen. Das war mein erstes negatives Erlebnis mit der KPD in Hamburg. Ein zweites folgte: Heinz Geinitz, bekannt als Mitgestalter der „Ostseewoche“ in Rostock, war mein Zellensekretär. Wir hatten alles, aber auch alles für eine eventuelle Illegalität abgesprochen. Beim ersten Treff nach drei Wochen, der vereinbarungsgemäß ablief, schaute er mich blöd an: „Wir kennen uns doch gar nicht, was wollen Sie denn?“

Das war die Situation 1956. Zuerst völlige Unterschätzung der Bourgeoisie, keine Vorbereitungen auf die Illegalität der gesamten Partei, dann, als sie da war, Feigheit, Panik, Liquidatorentum. Liquidatorentum, das so weit ging, daß die Partei meinen Mann, der eine Zeitschrift der Nationalen Front für die Küstenbevölkerung herausgab, aufforderte, diese Zeitung ohne zwingenden Grund einzustellen. Er tat dies aber nicht, sondern vergrößerte die Zeitung und bewies der Partei, daß auch unter illegalen Bedingungen legale Arbeit möglich ist. Da kam auch Geinitz wieder angekrochen und wollte nichts von dem mehr wahr haben, was er mir gesagt hatte.

Doch bleiben wir bei der DDR. Viele Jahre, bis zur Gründung der KPD/ML Ende 1968, besuchte ich regelmäßig meine Mutter und Brüder in Ostberlin, des öfteren fuhren wir auch im Parteauftrag allein oder mit Sympathisanten nach Schwerin, Rostock oder Wismar. Die Entwicklung des Bonzentums, das Entstehen einer neuen Arbeiteraristokratie, bevorzugter Cliques nahm langsam aber stetig zu, die Kluft zwischen der Partei auf der einen und der Arbeiterklasse und den Werktätigen auf der anderen Seite vergrößerte sich ständig. So waren wir beispielsweise 1959 zur Neujahrsveranstaltung nach Schwerin eingeladen. Obwohl dies eine Veranstaltung von ca. 800 Leuten war, waren es ausschließlich Parteibonzen und andere Prominenz wie Ärzte, Zahnärzte, Offiziere der Armee, Direktoren, Künstler etc., die hier feierten. Einfache Arbeiter sah man kaum. Diese Entwicklung Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre rief in mir recht widersprüchliche Gefühle hervor. Einmal sah man den Ausbau der sozialistischen Errungenschaften im Gesundheits-, Erziehungs- und Erholungswesen, deren Grundlagen ja bereits schon vor 1956 gelegt worden waren, andererseits konnte man schon die fortschreitende revisionistische Entartung z. B. im Bereich der Kultur und das Entstehen einer neuen privilegierten Schicht beobachten, die sich zur neuen bourgeoisen Schicht entwickelte.

Neben dem absoluten Mangel an Selbstkritik bei der SED-Führung war ein entscheidender Fehler, derjenige das die Entwicklung in der DDR sich wie ein roter Faden durch die Politik der Partei hindurchzog, das mangelnde Vertrauen in die Massen und damit verbunden die Anwendung der Methode des Administrierens. Z. B. wurde Ende der fünfziger Jahre in der DDR in einer Kampagne die vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt. An und für sich eine gute Sache. Doch wie man dabei vorging, wie man anstatt zu überzeugen, Methoden des Drucks und der Erpressung anwandte, erfuhr ich von einem SED-Genossen, der an dieser Kampagne beteiligt war. Wen wundert es, daß wieder einmal die Zahl der Republikflüchtigen anstieg, nur waren es diesmal keine Gutsbesitzer und Großbauern, die die DDR verließen, sondern Klein- und Mittelbauern.

Andererseits, dort, wo es notwendig gewesen wäre, Druck auszuüben, gegenüber dem Klassengegner, gegenüber korrupten, karrieristischen, feindlichen und üblen Elementen verhielt man sich liberalistisch, blies man Bürgerlichen Kapazitäten, Ärzten, Wissenschaftlern, Technokraten etc.. Zucker in den Hintern, um diese „wertvollen Menschen“ ja nicht zu verlieren. Sollten die Arbeiter schufteln, damit die Manfred von Ardenne, Karl Eduard von Schnitzler, Karl Friedrich Kaul usw. ihr Luxusleben führen konnten.

Es war nicht leicht, natürlich traten wir bei unseren Besuchen als Kommunisten auf, suchten Kontakt mit der Bevölkerung, besuchten Versammlungen und sprachen auf diesen, natürlich verteidigten wir die Republik und immer kam es zu Widersprüchen zwischen Theorie und Praxis. Ich möchte versuchen, es an einem Beispiel zu erläutern: Einmal hatte man an unserem Wagen die Luft aus den Reifen gelassen, ein anderes Mal riefen nachts junge Leute vor meinem Elternhaus „Kommunistenschweine“. Wir sind nicht zur Polizei gegangen, sondern haben diese jungen Leute ausfindig gemacht. Dabei stellte sich heraus, daß ein 22-jähriger dabei war, der wegen angeblicher faschistischer Handlungen mehrere Jahre gesessen hatte. Beileibe war dieser junge Kollege kein Faschist. Er machte noch nicht einmal die westliche Mode mit, die bei vielen FDJlern schon gang und gäbe war. Er war ein ganz normaler Jungarbeiter. Er brachte noch mehrere junge Kollegen mit und wir haben die ganzen Differenzen ausdiskutiert und ein gutes Verhältnis zu ihm hergestellt. Dabei haben beide Seiten gelernt.

Wir verloren, durch die konkreten Fakten und Beispiele, die uns die jungen Arbeiter aus der Praxis in den Betrieben, aus ihrem Leben brachten, die meisten Illusionen über den „Arbeiter- und Bauernstaat“ DDR, sie lernten, daß Kommunismus nicht gleich Kommunismus ist. Später sagten sie, oft: ja, wenn hier die Kommunisten so wären wie ihr, dann wären wir auch Kommunisten.“

Inzwischen hatten wir auch näheres über die Differenzen in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung erfahren. Die Polemik zur Generallinie der kommunistischen Partei war in deutscher Sprache erschienen und wir begannen die Entwicklung in der DDR kritischer zu betrachten.

Wenn ich auch schon viele Illusionen verloren hatte, eines aber wollte ich immer noch nicht glauben, daß man Arbeiter wegen oppositioneller Äußerungen bzw. Lappalien so einfach ins Zuchthaus bzw. Gefängnis bringt. Später mußte ich es dann selbst erfahren und zwar in meiner Familie. . .

Vor 10 Jahren, 1966, passierte folgendes. Mein Bruder, damals 33, Arbeiter auf einer Schiffswerft in Köpenik, mehrfacher Aktivist, freiwillig bei der Betriebsfeuerwehr, keinesfalls ein Gegner des Sozialismus, der DDR, kommt eines Tages von einem Fußballspiel. Seine Mannschaft, in der er spielt, hat gewonnen. Man hatte anschließend in der Sportlerklausur wie üblich noch einen gebechert. Offensichtlich etwas zu viel. Auf dem Nachhauseweg, im Bus, beim Lösen seines Fahrscheins kommt nicht nur einer aus dem Automat, sondern fortlaufend die ganze Rolle. In Bierlaune verteilt er sie unter die Fahrgäste. Der Busfahrer will daraufhin einen bestimmten Betrag von ihm, den zu zahlen er auch bereit ist. Daraufhin mischt sich ein anwesender Volkspolizist ein. Der Bus wird gestoppt, ein Streifenwagen geholt, mein Bruder festgenommen. Dabei soll er angeblich abfällige Äußerungen über Walter Ulbricht gemacht haben. Erst drei Tage später, anlässlich einer Hausdurchsuchung, erhält meine Mutter über die Verhaftung Bescheid. Kurz darauf war ich bei dem zuständigen Untersuchungsrichter in Berlin-Lichtenberg, Es war eine Frau, die auf unseren Einwand, mein Bruder sei doch betrunken gewesen (2,2 Promille, wie man festgestellt hatte), sagte: „ja, aber auch wenn man betrunken ist, darf man den Staatsratsvorsitzenden nicht beleidigen“, dann aber fügte sie hinzu, „wissen Sie, es ist wahr, wir sprechen hier zwar von Makarenko, aber wir handeln nicht danach. Ich kann in dieser Sache auch nichts machen.“

Das war die Situation.

Normalerweise, im Sozialismus, wäre ein solcher Fall am nächsten Tag im Betrieb im Kollektiv diskutiert worden und er hätte einen Verweis erhalten und wenn es öfter passiert wäre, hätte man Erziehungsmaßnahmen eingeleitet, aber hier ... Abgesehen davon, daß man zu diesem Zeitpunkt Ulbricht schon gar nicht mehr beleidigen konnte.

Später kam es dann zum Prozess, an dem mein Bruder mit Handschellen gefesselt teilnehmen mußte. Von den vier befragten Polizisten vermochten sich drei nicht zu erinnern, nur der eine, der aus dem Bus vermeinte etwas von „Ulbricht“ gehört zu haben. Die Strafe: ein Jahr Gefängnis ohne Bewährung. Ich habe ihn später im Gefängnis in Rummelsburg besucht und war schockiert über die Menschen, die dort wie ich warteten. Eine lange Schlange war vor mir. Alte Männer und Frauen, die ihre Kinder besuchen wollten, junge Frauen mit Kindern, die ihren Männern Wäsche bringen wollten. Und ausschließlich alles Arbeiter.

Fast alle Politischen, die hier saßen, hatten sich in irgendeiner Form gegen Ungerechtigkeiten und Unterdrückung gewehrt. Manchmal hatte schon eine einfache Kritik ausgereicht, sie hinter Gitter zu bringen. Staatsgefährdende Hetze heißt das dann. Bei den Bonzen aber, den Schiebern im großen Stil, den Veruntreuern von „Staats Eigentum“ muß es schon hart kommen und nicht mehr zu vertuschen sein, ehe man sie zur Verantwortung zieht. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele.

Dies sind nur einige Beispiele aus der Entwicklung der DDR, die ich persönlich erlebte. Leider habe ich seit 1968 die Entwicklung nicht mehr selbst verfolgen können, da die Partei in Westdeutschland wußte, daß ich im Gegensatz zu den Verrätern der Reimann und Co. meiner Weltanschauung, dem Marxismus-Leninismus treu geblieben war. Natürlich meldete man das nach drüben. Meine Mutter selbst, die 1968 verstarb, warnte mich. Der Stasi (Staatssicherheitsdienst) hatte sie aufgesucht und sich über mich erkundigt. Ältere KPD-Leute, die ich manchmal noch treffe und mit denen ich über die revisionistische Entartung der DDR diskutiere, geben mir zum Teil recht, doch einige meinen auch, das mag ja stimmen, aber du mußt auch sehen, die DDR ist ja erst noch in der Entwicklung. Das sind Übergangsschwierigkeiten.

Nur dauern diese sogenannten Übergangsschwierigkeiten immerhin schon 30 Jahre. Seit Gründung der SED sind 30 Jahre vergangen. Ich war damals nach Kriegsende 10 Jahre alt, also schon für den Aufbau der DDR die neue Generation, die politisch erzogen wurde.

Die Generation, die damals geboren wurde, ist inzwischen auch bereits schon wieder 30 Jahre alt usw. Man sollte also glauben, daß inzwischen eine Generation neuer, im Geiste des Sozialismus erzogener Menschen herangewachsen sei. Daß dies nicht der Fall ist, davon kann sich jeder überzeugen, der die DDR von heute kennt. Die Jugend: die gleiche Ami-Kultur wie hier. Die Älteren; Konsumdenken, wann komm ich zu meinem Trabant, meinem Wartburg etc. Zwar bekennen sich viele in Worten zu „ihrem Staat“ und sind in der SED. Aber warum? Weil das nützlich ist und die Karriere fördert. Vergleicht man die Entwicklung der DDR mit der des sozialistischen Albaniens, dann sieht man den krassen Unterschied. Hier Restauration des Kapitalismus, dort Aufbau des Sozialismus. Und niemand soll kommen und sagen: „Ja, die Albaner hatten es auch leichter, ihr Land war nicht, wie die DDR, von sowjetischen Truppen besetzt.“ Sicher spielen die äußeren Bedingungen eine Rolle, entscheidend aber sind die inneren. Im übrigen hatte es Albanien viel schwerer seine Unabhängigkeit zu wahren.

Wesentlich stärker als die DDR, die 1960 schon ein hochindustrialisierter Staat war, war Albanien als Agrarland von Einfuhren abhängig.

Der Unterschied war eben der, daß Albanien in seiner Partei der Arbeit, mit dem Genossen Enver an der Spitze, eine im Kampf geborene, im Kampf gestählte Prinzipienfeste marxistisch-leninistische Partei hatte und hat, während in der SED von Anfang an der Wurm des Opportunismus, des Revisionismus viel stärker war. Umso notwendiger wäre die ideologische Ausrichtung, die strikte Anwendung des demokratischen Zentralismus, des Prinzips von Kritik und Selbstkritik, des prinzipienfesten Kampfes gegen alle opportunistischen Tendenzen gewesen. Der Unterschied ist der, daß in Albanien von Anfang an eine unverbrüchliche Einheit von Partei, Klasse und Massen bestand, in der DDR sich die Spaltung zwischen Partei, Regierung und dem Volk ständig vergrößerte.

Ich kann diese Entwicklung auch an mir selbst vollziehen. Obwohl ich in der DDR damals noch relativ politisch korrekt erzogen wurde, obwohl ich auch politische Schulen besuchte und immer politisch aktiv war, so muß ich doch sagen, erst in unserer Partei, der KPD/ML habe ich mich tatsächlich weiterentwickelt, hat sich mein Bewusstsein von der Notwendigkeit der Führung des Kampfes zweier Linien, des Kampfes gegen jede, ob „linke“ oder rechte Abweichungen, wobei die rechte, die revisionistische die gefährlichere ist, erhöht. Obwohl unsere Partei heute im Vergleich mit der SPD und D"K"P noch relativ klein ist, ist absolut sicher, daß wir durch unsere politisch korrekte Linie in der Perspektive die Massen gewinnen werden, ist sicher, daß sich auch die Arbeiterklasse der DDR unter der Führung der Partei von ihren in- und ausländischen Unterdrückern befreien wird.

* * *



Waltraud Aust

geb. 18. März 1935 gest. 21. August 1990

Genossin Waltraud Aust kämpfte ihr Leben lang als Revolutionärin und Kommunistin. Als Jugendliche erlebte sie den Aufbau der DDR und begeisterte sich für den Sozialismus. Sie kämpfte wie viele Millionen Menschen mit ihr für ein anderes Deutschland, ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Faschismus und Militarismus. Sie wurde Mitglied der Jungen Pioniere, der FDJ und schließlich der SED. Auch bei der Volkspolizei arbeitete sie zunächst mit. Doch zunehmend erkannte sie die schreienden Widersprüche zwischen Wort und Tat bei solchen Verrätern am Sozialismus wie Ulbricht und ihren großen und kleinen Mitläufern und Helfern. Insbesondere die Ereignisse des 17. Juni und die Art, wie die SED sie „bewältigte“, zeigten ihr die tiefe Kluft zwischen Partei und Volk und die beginnende Entartung. In dieser Zeit lernte sie ihren Mann und Mitkämpfer, Genossen Ernst Aust, kennen. Bald kam die Heirat und der Umzug nach Hamburg. Dort arbeitete und kämpfte Genossin Waltraud als Sekretärin, Betriebsrätin, Kommunistin. Trotz Verbot der KPD kämpfte sie gemeinsam mit Genossen Ernst Aust weiter. Auch der in der KPD ebenso wie in der

SED beginnende schleichende Entartungsprozeß konnte sie nicht davon abbringen. Bei vielen Menschen hat ihr Wirken in Hamburg unauslöschliche Eindrücke hinterlassen.

Mit der offenen Abkehr der revisionistischen KPD von der Revolution und dem Ziel des Sozialismus, mit der Gründung der DKP sahen Waltraud und Ernst die Aufgabe, alle marxistisch-leninistischen Kräfte in einer starken Partei zusammenzufassen. Sie packten entschlossen diese historische Aufgabe an. Waltraud unterstützte Ernst bei der Herausgabe des Roten Morgen, der bei der Sammlung aller Marxisten-Leninisten von größter Bedeutung war. Sie war unermüdlich bei den Vorbereitungen für die Neugründung der KPD dabei.

Als Ende 1968 die KPD wieder aufgebaut wurde, war Genossin Waltraud aktiv und in verantwortlichen Positionen mit dabei. Sie ließ sich durch die vielen Probleme der noch jungen und unerfahrenen Partei und der zahlreichen ebenso jungen und unerfahrenen Genossinnen und Genossen nicht entmutigen. Im Gegenteil, sie stand allen Genossinnen und Genossen mit Rat und Hilfe zur Seite und wirkte durch ihr persönliches Vorbild.

Als 1984/85 eine trotzkistische Gruppierung die KPD liquidieren wollte, kämpfte Genossin Waltraud wieder gemeinsam mit Ernst Aust für den Erhalt und die Festigung der Partei. Die damals fast weitgehende Zerstörung der KPD und der gleichzeitige Tod ihres Weggefährten und Kampfgenossen Ernst Aust traf sie tief. Zugleich war sie seit Jahren schwer erkrankt. Am 21. August 1990 verstarb Genossin Waltraud Aust.

Du lebstest für die Zukunft der Menschheit. Wir werden Deinen Kampf weiterführen.

KPD/Marxisten- Leninisten

PSF: 351102

39034 Magdeburg

www.kpd-ml.net

kpd-ml@arcor.de